

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Männer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Welschbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeb.,
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40).

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stünning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereins-Anzeigen
für die dreieckshafte Zeitung über deren Raum 80 A.
Zeitung-Preisliste Nr. 8202.

Inhalt: Lehrlingsausbildung und -Ausbeutung. — Die neueste amtliche Unfallversicherung-Nachstellung. — Maurerbewegung; Streiks, Ausbeutungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. Zum Affordmaurer-Streit in Hamburg. — Krankenkasse. — Vom Bau: Märsche, Arbeitszeit, Submissionsz. — Aus anderen Berufen: — Polizei und Gerichte. — Verchiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Centralverband der Maurer. — Centralbanken-Kasse. — Anzeigen.

Verhältnis zu den auch noch viel zu niedrigen Gesellenlöhnen im günstigsten Falle wie 1:3, in der Regel aber wie 1:4 und sogar wie 1:5. Die Unternehmer schlagen also einen ganz ungeheuerlichen Profit aus der Arbeitskraft der Lehrlinge heraus.

Nicht so schwer in's Gewicht fallend, aber dennoch nicht minder vernünftig, ist eine andere Art der Ausbeutung der Lehrlinge: die Ein- und Ausfertigungsgebühren und die Auflagen, die den Lehrlingen in vielen Orten von den Gesellen gemacht werden.

Es ist eine alte Unsitte, daß die Lehrlinge als sogenanntes Ein- und Ausfertigungsbegeld größere Summen — bis zu M. 30 und vielleicht noch mehr — an die Innungsklassen zahlen müssen, und zwar für nichts und weder nichts; denn das, bischen Schreiberei, was der Innungsvorstand dabei zu erledigen hat, ist doch wirklich belanglos. Und selbst wenn die Innungskasse diese Kosten nicht tragen könnte, dann sollten sie rechthaber Weise dem „Lehrherren“ auferlegt werden, weil dieser den größten Nutzen aus der Arbeit des Lehrlings gezogen hat.

Nicht minder scharf zu verurtheilen ist die bei denselben Anlässen gesetzte Ausbeutung der Lehrlinge durch die Gesellen. Für die Einführung und Aufnahme in den „Gesellenstand“ müssen die Lehrlinge an die Alt- und Schenkgesellen oftmals noch höhere Summen zahlen, als an die Innung. Diese Unsitte ist erfreulicherweise infolge Ausbreitung unserer Organisation und der hierdurch verbreiteten Aufklärung in den letzten Jahren ja stark zurückgedrängt worden; aber sie macht sich doch noch in Norddeutschland und besonders im Osten in vielen Orten recht breit; namentlich dort, wo neben unseren Zweigvereinen noch die alten zünftlerischen „Gemeine“ existieren und gewissermaßen das Geist in der Hand haben.

Für die Bezahlung dieser „Vorsprechungsgebühr“, die in einigen Orten sich auf M. 50 für jeden Lehrling belaufen soll, kann ein stichhaltiger Grund nicht angeführt werden. Die Gegenleistung der Gesellenzunft ist gleich Null. Und das Geld, was auf diese Weise zusammenkommt, wird auch in der Regel nicht für gemeinnützige Zwecke verwendet, sondern dient dazu, an Quartalsstagen und bei sonstigen Anlässen einigen Gesellen einen „lustigen“ Tag zu bereiten. Nicht genug, daß die Eltern der Lehrlinge — arme Witwen, die gehungert und gedurkt haben, um den Jungen mit Nahrung und Kleidung zu unterstützen — oftmals Schulden machen müssen, um das Notwendigste zu beschaffen, damit der Junge an seinem Ehrentage in Bezug auf die Kleidung nicht allzu sehr über die Achsel angelebt wird, auch das bare Gelb, das unsinnigen Weise den Kunstmästern und -Gesellen in den Hals geworfen wird, müssen die Eltern mit Mühe und Not durch Borg und vielleicht gegen Bücherzinsen aufzutreiben suchen.

Es ist wahrlieblich an der Zeit, daß mit dem hier gefeierzeichneten Anfang baldstal gebrochen wird. Wir sind keine Festwerber, wir gönnen den Gesellen ihre Quartalsfeier sehr gern und wünschen, sie möchten des Deesters Gelegenheit haben zu fröhlichem Beisammensein, ohne hierbei der Röhrigkeit Konzessionen zu machen. Die Kosten dieser Feste soll aber jeder Theilnehmer seinem Anteil gemäß selbst tragen; sie dürfen nicht auf die Schultern der Schwächeren, der Lehrlinge, abgewälzt werden. Man komme uns nicht mit der Einrede, es sei eine althergebrachte Einrichtung und die heutigen Gesellen hätten, weil sie als Lehrlinge ebenfalls haben bluten müssen, ein Recht auf die fernere Ausbeutung der Lehrlinge. Althergebracht ist freilich die Einrichtung, aber gerecht ist sie niemals gewesen.

Und wenn die Gesellen daran denken möchten, wie schwer es ihnen resp. ihren Eltern seinerzeit geworden ist, die geforderten Summen aufzubringen, so könnten sie sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß sie alte Sünden nicht durch fortgesetzte Misselthenen gut machen können.

In diese Kategorie der Ausbeutung gehört auch der Unfug, Gesellen, die aus irgend welchen Gründen keinen „Lehrbrief“ aufzuweisen vermögen, von der Arbeit ausschließen zu wollen. Der Lehrbrief thut's wahrlieblich nicht! Diese Legitimation muß jedem ausgestellt werden, der drei Jahre, oder nach Vereinbarung eine längere oder kürzere Zeit, in einem Geschäft in der Lehre gewesen ist; ob er aber wirklich etwas gelernt hat, das sieht auf einem ganz anderen Blatt. Daran wird auch die im Geiste vorgesehene Prüfung nicht viel ändern, wenn sich der ganze Lehrgang nicht ändert. Es wird nicht allzu schwer fallen, die jungen Leute so zu dressieren, daß bei der Prüfung, die doch immer nur eine ganz oberflächliche sein kann, eingemahnen befriedigende Resultate erzielt werden. Das, was für diesen Tag aber speziell eingepaukt ist, hält für die Praxis nicht vor, wenn nicht während der ganzen Lehrtage ein guter Grund gelegt werden kann, auf dem sich die späteren Erfahrungen aufbauen können. Der Lehrbrief und auch die Bestätigung der bestandenen Prüfung bilden durchaus nicht dafür, daß der Inhaber in der Folgezeit lästig in seinem Berufe wird.

Bei der Anregung dieser Angelegenheit haben wir einen besonders krassen Fall von Ausbeutung in Auge, die von Gesellen gegen Gesellen betrieben worden ist und vielleicht noch betrieben wird. In der Stadt Posen besteht neben unserem Verbandszweigverein und anderem kleinen Organisationen noch eine sogenannte „Gesellen-Innung“, die infolge ihrer großen Mitgliederzahl in der Lage ist, die Arbeitsverhältnisse zu beeinflussen. Es ist denn auch in Posen, hauptsächlich infolge der Agitation unserer Mitglieder, ein Vertrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den Gesellen und Unternehmern zu Stande gekommen, der aber den für unsere Zeit ganz unverständigen Passus enthält: Es dürfen nur Gesellen angestellt werden, die sich als solche durch einen Lehrbrief ausweisen können. Diese Bestimmung ist auf das Betreiben der Innung-Gesellen zurückzuführen, und es scheint von vornherein darauf angelegt zu sein, durch Schröpfung derjenigen Gesellen, die nicht im Besitz eines Lehrbriefes sind, die Kasse der Gesellen-Innung zu füllen. Thatsächlich ist der Passus des Arbeitsvertrages ein Instrument geworden, die Kasse der Posener Gesellen-Innung unrechtmäßigweise zu bereichern, indem alle Maurer, die nicht im Besitz eines Lehrbriefes waren und im Posener Vertragsgebiet arbeiten wollten, gezwungen wurden, sich gegen Zahlung größerer Summen bei der Gesellen-Innung „abzufinden“. Hierdurch war die Innung in die Lage gesetzt, für irgend eine Kirche einen Altar richten zu können, der die Kleinigkeit von M. 16 000 kostet. Non olst!

Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß überall, wo unser Verband Einfluß gewonnen hat, die etwaigen guten Einrichtungen der alten Gewerke fortwährt und ausgebaut werden, mit aller Entschiedenheit aber müssen die Missstände und Auswüchse beseitigt werden. Wir machen es unseren Agitatoren zur Pflicht, den Schäden nachzuspuren, sie aufzudecken und auf die Kollegen in liebwohler, aber ernster Weise einzuhören, damit dem Unwohl gesteuert werde.

Inmitten des Handwerkerfests die Lehrlinge gegen die Ausbeutung der Innungen zu schützen vermag und soll, ist aus dem Wortlaut des Gesetzes nicht klar ersichtlich. Regel wird werden, daß schriftliche Lehrverträge abgeschlossen werden. Die Innungen können

Lehrlingsausbildung und -Ausbeutung.

II.

Die Ausbeutung der Lehrlinge ist eine alte Errscheinung und steht in ihrer Ursache im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Arbeiter überhaupt. Jeder „selbstständige“ Gewerbetreibende streift daran, sich fremde Arbeitskraft anzueignen; und kann er für einen erwachsenen Arbeiter nicht die nötigen Auslagen rep. die Unterhaltskosten bestreiten, so ist er bemüht, einen oder mehrere „Lehrlinge“ einzustellen, deren Arbeitskraft ihm dann in der Regel zur beliebigen Ausnutzung überantwortet ist. Von dieser Art Lehrlingshaltung profitieren am meisten die Kleinergewerbetreibenden, in der Schuhmacherei, Schnellerei, Tischlerei, Schlosserei, Schmiederei, Bäckerei u. a. m. In der Maurerei wird es wohl zu den Aufnahmen gehören, wenn ein Unternehmer nur Lehrlinge als Hülfsarbeiter beschäftigt. In einer ganzen Reihe kleinerer und mittlerer Orte werden aber kaum doppelt so viel Gesellen als Lehrlinge beschäftigt, und auf einen Unternehmer kommen oft über 5 Lehrlinge. Wir finden in unserer Statistik aber auch Orte verzeichnet, wo die Zahl der Lehrlinge fast ebenso groß oder noch größer ist, als die Zahl der beschäftigten Gesellen; ein Unternehmer „bildet“ Jahr für Jahr 10 auch 15 Lehrlinge aus. Daß diese Unternehmer die Lehrlinge nicht halten, um diesen und dem Gewerbe einen Dienst zu leisten, liegt auf der Hand; sie thun es lediglich wegen der billigen Arbeitskraft.

Wenn der Junge nicht allzu schwächlich ist — augenscheinlich schwache werden wohl kaum eingestellt — dann erzielt er dem Unternehmer im ersten Lehrjahr einen Arbeitsmann. Karren, Mörtelkasten und Wassereimer sind sein Handwerkszeug. Nun kann Niemand etwas dagegen haben, wenn der Maurer auch die Zubereitung und den Transport des von ihm zu verarbeitenden Materials gründlich lehnen lernt; aber dazu braucht man kein Jahr, und darüber, sondern es genügen wenige Wochen, um sich diese Kenntnisse anzueignen. Über Tag für Tag und Woche für Woche müssen die Lehrlinge Karren schleien und, den Mörtelkasten auf der Schulter, unbehagliche und steile Leitern hinaufklettern. In unzähligen Fällen ist diese Überanstrengung der jungen, pflegebedürftigen Körper die Ursache späteren Siechtums- und frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit. Und warum wird diese verbrecherische Ausbeutung der Lehrlinge betrieben? Nur im persönlichen, materiellen Interesse der Unternehmer. Während wohl selbst in den zurückgebliebenen Orten einem erwachsenen Arbeiter M. 2 als Tagelohn gezahlt werden müssen, erhält der „Lehrling“ als Entschädigung 60 bis 70 A. im günstigsten Falle M. 1, muß aber, dank der herkömmlichen Antreiberei und des leider noch allzu geringen Verstandes der Gesellen, fast ebenso viel leisten als ein Erwachsener.

Hat der Junge sich nach Ansicht seiner Vorgesetzten einigermaßen anständig gezeigt, dann darf er im zweiten Lehrjahr mit Hammer und Kelle manipulieren, muß aber des Deesters Tage lang seine Bekleidung mit dem Kalkstaub erneuern. Im dritten Jahre muß der Lehrling bei den gewöhnlichen Arbeiten seines Strangs gleich den Gesellen ziehen; in der beanspruchten Arbeitsleistung wird er für voll gerechnet, sein Lohn dogegen steht im

bestimmen (allerdings nur für die Mitglieder derselben), daß der Abschluß des Lehrvertrages vor der Innung zu erfolgen hat. Der Lehrvertrag ist binnen vier Wochen nach Beginn der Lehre förmlich abzuschließen. Derselbe muß enthalten: 1. die Vereinbarung des Gewerbes oder des Zweiges der gewerblichen Tätigkeit, in welcher die Ausbildung erfolgen soll; 2. die Angabe der Dauer der Lehrzeit (die Dauer der Lehrzeit soll in der Regel nicht unter drei und darf nicht über vier Jahre betragen; für Handwerker kann die Dauer der Lehrzeit von der Handwerksschule festgesetzt werden); 3. die Angaben der gegenseitigen Leistungen; 4. die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen, unter welchen die einseitige Auflösung des Vertrages zulässig ist. Der Lehrvertrag ist von dem Lehrherrn oder seinem Stellvertreter, dem Lehrling und dem Vater oder Vormund des Lehrlings zu unterschreiben. Dem Vater oder Vormund des Lehrlings muß ein Exemplar des Vertrages ausgedändigt werden. Der Lehrvertrag ist kosten- und stempelfrei. Ist kein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen worden, so kann weder vom Lehrherrn noch vom Lehrling ein Anspruch auf Entschädigung geltend gemacht werden, wenn das Lehrverhältnis vor Beendigung der Lehrzeit einseitig aufgezogen wird, verläßt der Lehrling die Lehre, so kann der Lehrherr auch keinen Anspruch auf Rückkehr des Lehrlings geltend machen. Die ersten vier Wochen der Lehrzeit gelten unter allen Umständen als Probezeit und können innerhalb dieser Frist beide Theile ohne Weiteres von dem Vertrage zurücktreten. Eine Vereinbarung, wonach die Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig.

Nach dem Gesetz soll es weiter zur Regel werden, daß die Lehrlinge sich nach Ablauf der Lehrzeit einer Prüfung unterziehen. Ein unmittelbarer Zugang zur Prüfung ist nicht gegeben, aber Lehrherr und Innung sollen den Lehrling dazu anhalten. Bei jeder Zwangseinnung wird ein Prüfungsausschuß gebildet, bei anderen Innungen nur dann, wenn ihnen die Ermächtigung zur Abnahme der Prüfungen von der Handwerksschule ertheilt ist. Der Prüfungsausschuß besteht außer dem Vorsitzenden zur Hälfte aus Gesellen und zur Hälfte aus Unternehmern. Das Gesetz um Zulassung zur Prüfung hat den Lehrling an den Prüfungsausschuß zu richten unter Beifügung seines Lehrlingszeugnisses und der Zeugnisse über den Besuch der Fortbildungsschule oder Fachschule. Das Ergebnis der Prüfung hat der Prüfungsausschuß auf dem Lehrling zu prüfen oder dem von der Innung ausgestellten Lehrbrief zu beurkunden. Die Prüfungszeugnisse sind kosten- und stempelfrei, ebenfalls die Lehrzeugnisse. Wenn aber der Lehrherr der Innung angehört, stellt diese den Lehrbrief aus und hat das Recht, hierfür Kosten zu erheben. In einem sogenannten Musterstatut des preußischen Handelsministers sind M. 1,50 in Ansatz gebracht, wonach die Innungen sich wohl auch richten werden.

Recht unklar ist der letzte Absatz des § 131 b. Es heißt darin: Die Kosten der Prüfung werden, sofern diese von dem Prüfungsausschuß einer Innung abgehalten wird, von letzterer, im Ubrigen von der Handwerksschule getragen. Dieser fließen die Prüfungsgebühren zu.

Einmal sollen also entweder die Innungen oder die Handwerksschulen die Kosten der Prüfung tragen, zum Anderen sollen diesen Körperschaften aber auch die Prüfungsgebühren zugestehen. Es muß also jemand Prüfungsgebühren zu bezahlen haben. Und dies wird wahrscheinlich kein Anderer als der Lehrling sein sollen. Es scheint also somit, als wenn das alte System, den Lehrlingen für das „Vorsprechen“ eine größere Summe abzunehmen, die gesetzliche Sanktion erhalten habe. Wahrscheinlich werden auch die Innungen bestrebt sein, diesbezügliche Bestimmungen in die Lehrverträge aufzunehmen.

Der Gesellenausschuß hat bei allen, die Lehrlinge und Gesellen betreffenden Einrichtungen das Recht, seine Zustimmung zu verweigern und woch auch wohl häufig hierzu Gebrauch machen müssen. Alle Gesellen sollten es sich aber zur Pflicht machen, die Lehrlinge in jeder Beziehung nicht nur gegen jede Ausbeutung zu schützen, sondern auch das Wohl der jungen Leute, die Erziehung derselben zu tüchtigen Arbeiten im Beruf und im gewerblichen und politischen Leben nach besten Kräften zu fördern.

Die neueste amtliche Unfallversicherungs-Nachweisung.

II

Wenden wir uns zu der Organisation der Bauern-Berufsgenossenschaften, deren Zahl 12 beträgt und denen wir die Tiefbau-Berufsgenossenschaft in unserer Übersicht hinzufügen. Diese 18 Ge-

nossenschaften umfassen im Berichtsjahr zusammen 156 875 Betriebe mit 1 370 515 versicherten Personen. Von letzteren waren 1 318 467 durchschnittlich beschäftigte Arbeiter und Betriebsbeamte, 53 930 Unternehmer und (bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft) 88 Andere. Auf die einzelnen Genossenschaften verteilen sich diese Ziffern wie folgt:

Berufs- genossenschaften	Betrieb	Berichtsjahr Per Personen			
		Unternehmer	Beschäftigte Ar- beiter und Be- amte	Gehälter	Gehalts- summe
Hannoversche B.-G.-G.	10096	—	568388	—	563938
Nordöstliche B.-G.-G.	17960	6025	180682	—	188907
Schlesisch-Poß. B.-G.-G.	7711	3849	102769	106618	—
Hannoversche B.-G.-G.	15408	—	88984	—	88984
Magdeburgische B.-G.-G.	5972	—	45781	—	45781
Sächsische B.-G.-G.	12312	5123	130125	—	135248
Thüringische B.-G.-G.	5367	2817	38790	41107	—
Hessen-Nassau. B.-G.-G.	13922	6191	70003	—	76194
Württembergisch-Poß. B.-G.-G.	21850	17340	189128	199468	—
Württembergische B.-G.-G.	8541	13065	84170	47235	—
Württembergische B.-G.-G.	14186	—	106544	—	106544
Südwestliche B.-G.-G.	10388	—	67399	—	67399
Tiefbau-B.-G.-G.	19280	50	218454	88	213592

Im Durchschnitt des Ganzen entfallen auf jeden Betrieb etwa 8 verscherte Personen. Auf die einzelnen Berufsgenossenschaften verteilt schwankt der Durchschnitt zwischen etwa 5 (Hessen-Nassau) und 15 (Nordöstliche). Hieraus ist mit einiger Sicherheit darauf zu schließen, in welchem Umfang die größeren oder die kleineren Betriebe vorwiegen. Letztere sind ohne Zweifel in erheblichem Maße auch in Hamburg vorhanden, für das der Durchschnitt in der je einen Betrieb durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamte nur etwas über 5 beträgt. Von der größeren Zahl der mitversicherten 53 930 Unternehmern läßt sich annehmen, daß sie kleinere und kleinste Betriebe repräsentieren und vorübergehend oder dauernd am Bau praktisch reip. handwerklich mit thätig sind. Charakteristisch ist, daß die Württembergische Berufsgenossenschaft bei 8541 Betrieben 13 065 mitversicherte Unternehmer zählt, also 4524 Unternehmer mehr als Betriebe vorhanden sind.

Nachstehende Tabelle gibt eine allgemeine Übersicht über die Lohnbeträge, Unfälle, Ausgaben und Einnahmen, welche für die uns beschäftigenden 18 Berufsgenossenschaften festgestellt sind.

Berufs- genossenschaften	Lohn- beiträge (für die Beschäfti- gung in An- rednung brachte Beträge der Büro- und Gehälter der vertretenen Berliner Unternehmern Berlin)	Unfälle (Sobald der Berichtsjahr für welche Gefällig- keiten leid- haftig geworden sind)	Aus- gaben	Einnahmen	Brüder für Berichtsjahr	
					A	M
Hamburg. B.-G.-G.	4484876	2107	870	7025673	5141423	25
Nordöstl. B.-G.-G.	138023656	3797	1668	2745214	2644848	47
Schlesisch-Poß. B.-G.-G.	59659898	4279	822	9277699	6338829	29
Hannov. B.-G.-G.	60615172	6694	482	81808197	83688691	28
Magdeburg. B.-G.-G.	33027058	1881	262	42078411	3828838	28
Sächsische B.-G.-G.	97079533	3922	929	119739425	118992953	27
Thüring. B.-G.-G.	25695130	1363	279	32755808	27271017	27
Hess.-Nassau. B.-G.-G.	551608502	284	513	73292746	56056818	18
Reinisch-Westfäl. B.-G.-G.	150861532	5428	1804	127513419	116789318	18
Württemberg. B.-G.-G.	26566734	1953	480	48720572	44304961	27
Württemberg. B.-G.-G.	703791307	278	1308	1746033	19158604970	27
Württemberg. B.-G.-G.	49315713	2299	595	66788627	67485427	27
Tiefbau-B.-G.-G.	124077235	4388	1628	224622771	1525891072	27

Es ist zu beachten, daß die eingeklammerten Lohnbeträge sich mit den tatsächlich gezahlten nicht decken. Es handelt sich hier nicht um die Aufstellung einer Lohnstatistik, sondern lediglich um den Nachweis der für die Berechnung der Beiträge richtigen „anrechnungsfähigen“ Löhne ic. Als „anrechnungsfähiger“ Lohn ist bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1900 der M. 4 pro Arbeitstag und für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember den Jahresbetrag von M. 1500 übersteigende Löhne ic. nur mit einem Drittel herangezogen, während andererseits für jugendliche und nicht ausgebildete Arbeiter der ortsübliche Tagelohn erwachsen anzusehen war. Doch ist es möglich, aus dieser Aufstellung annähernd den wirklich gezahlten Durchschnittslohn zu berechnen. Es handelt sich um etwa 923 Millionen „anrechnungsfähiger“ Löhne. Nehmen wir noch Rücksicht der vorstehend mitgeteilten Anrechnungsart ein Drittel dieser Summe zu derselben hinzu — was hoch geprägt erscheint —, so erhalten wir rund 1200 Millionen wirklich gezahlter Löhne ic. oder im Durchschnitt

einen Jahreslohn von etwa M. 900 für jeden der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter ic.

So erfährt die von anderen Seiten, insbesondere auch durch statistische Erhebungen der gewerkschaftlichen Organisationen der baugewerblichen Arbeiter ermittelte Thatzache, daß das Durchschnitts-Arbeits-einkommen dieser Arbeiter im Deutschen Reich höchstens sich auf M. 900 beläßt, ihre Bezahlung. Auf jede der bei den 18 Baugewerbe-Berufsgenossenschaften versichert gewesenen Personen (1-370 515) entfallen im Durchschnitt an Ausgaben M. 12 und an Einnahmen M. 26. Die Ausgaben insgesamt betragen M. 12 697 000 und die Einnahmen M. 26 513 000. Die in den Ausgaben enthaltenen, zur Zahlung gelangten Entschädigungs-beträge (Kosten des Heil- und Pflegefahrten, Renten an Erwerbsmängel und Hinterbliebene der Getöteten, Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern ic.) beließen sich für die in Rede stehenden 18 Berufsgenossenschaften auf rund M. 12 296 000.

Die Allgemeinen Verwaltungskosten berechnen sich für diese Berufsgenossenschaften zusammen auf M. 1 624 445. Davon sind Gehälter der Beamten und Bediensteten M. 684 467. Die höchste Summe an Gehaltsaufwand hat die Nordöstliche Baugewerbe-Berufsgenossenschaft, nämlich M. 161 658, die niedrigste die Thüringische mit M. 19 898.

Unfallverhütungskosten sind folgende nachgewiesen:

Berufs- genossenschaften	Über- wohung der Betriebe	Brüder für Berichtsjahr		Brüder für Berichtsjahr
		A	M	
Hannoversche B.-G.-G.	80970	121780	219621	422371
Nordöstl. B.-G.-G.	1684078	—	265369	438711
Schlesisch-Poß. B.-G.-G.	2990	812	292569	626371
Hannoversche B.-G.-G.	559725	—	68940	628645
Magdeburgische B.-G.-G.	2760	—	—	27160
Sächsische B.-G.-G.	1936101	10374	72180	201865
Thüringische B.-G.-G.	95720	116870	7702	220092
Hessen-Nassau. B.-G.-G.	637026	11868	116253	765145
Reinisch-Westfäl. B.-G.-G.	434197	216	108688	564880
Württemberg. B.-G.-G.	674048	—	1783	875781
Württemberg. B.-G.-G.	1042017	170840	61140	1279682
Südwestliche B.-G.-G.	1082079	—	95594	1177673
Tiefbau-B.-G.-G.	16428895	—	115463	6557878

Die sich hier ergebenden Unterschiede im Aufwand von Unfallverhütungskosten sind enorm. Während sie für die Tiefbau-Berufsgenossenschaft sich auf die Summe von M. 65 573 und bei der Nordöstlichen auf M. 48 371 belaufen, hat die Magdeburgische den lächerlich geringfügigen Betrag von M. 27 und zwar speziell für sogenannte „Überwachung der Betriebe“ verrechnet. Auf derselben Stufe der „Betriebsüberwachung“ hat die Schlesisch-Poß. B.-G.-G. Berufsgenossenschaft sich gehalten; sie konnte zwei Mark mehr in Rechnung stellen. Auch in ihren höchsten Beträgen erscheinen die Betriebsüberwachungskosten im Verhältnis zu der Zahl der Betriebe sehr gering; es entfallen auf je einen Betrieb bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft etwa M. 5, bei der Nordöstlichen nicht einmal M. 4.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgespielt sind die Kollegen in Preußen-gramm, Friedland und Niedersachsen. Geppert sind die Bauten der Unternehmer Wilkens & Höhler, B. Baumgarten, Karl Baumgarten, G. Thielke, K. Körting, D. Böbling, J. Fahrer, Fr. C. Uebel, Benor, Rebeschke, B. Spengla, Eggers, H. Schröder, Möller, Saevede, Bödelmann & Kamp, Alm, Baumhauer, J. Kröger, G. Städter, Hinnerkiss, Schwedler und H. Fehrmann in Hamburg; in Bremen wegen Astborbeck; in Wittstock die Bauten des Unternehmers Spannberg, weil er den geforderten Lohn nicht zahlt; in Dannenberg die Bauten des Unternehmers Straub; in Podejuch die Bauten des Unternehmers Käding; in Schnelsen die Bauten des Unternehmers B. Meyer; in Delitzsch die Bauten des Unternehmers Färber; in Nienburg a. d. W. die Bauten des Unternehmers W. Gödeke; in Bielefeld der Rathausneubau, Unternehmer Liedenberg; in Magdeburg der Bau des Unternehmers Apel, Kaiser Wilhelmplatz; in Braunschweig die Bauten des Unternehmers Grisch; die Bremer Bürgergemeinde bei Lüderdorf; in Schneidemühl die Bauten des Unternehmers Mäler; in Wurzburg der Kaiserpalast, Unternehmer Bär aus Oschatz; in Nienburg a. d. W. die Bauten des Unternehmers Redbergen; in Blankenburg a. d. O. der

Unternehmer Schönsfeld; in Bielefeld der Rathausneubau.

Differenzen, die wahrscheinlich zu einem Streit führen, sind vorhanden in Brieg, Posen, Witten i. W., Blasewitz, Porta Westfalica, Erkelenz und Eremberg.

Aus Hof wird uns geschrieben: Wie die Unternehmer die Krise anzunehmen verstecken, haben sie schon wiederholt bewiesen. Verständlich wurden bei uns schon im vorigen Jahre Lohnreduzierungen vorgenommen, doch damit scheint das Unternehmertum noch nicht recht zufrieden zu sein, denn in einer Versammlung des Unternehmerturms wurde beschlossen, eine weitere Lohnreduzierung vorzunehmen und zwar sollen die Männer 85 S., die Zimmerer 82 S. und die Bauarbeiter 25 S. pro Stunde erhalten. Da nun die Höhe im Vorjahr 88-90 S. betrugen, so wäre dies eine Reduzierung um 3-5 S. die Stunde; die Arbeitszeit soll von zehn auf elf Stunden verlängert werden. Die Anerkennung der Organisation, welche immer von uns gefordert wurde, bestehen sich die Unternehmer vor. Dieser same Tarif, wie die Herren diese Bedingungen nennen, soll am 1. April in Kraft treten und sollte die Maurer, die den Tarif nicht unterschreiben, keine Arbeit erhalten. Dass es die Unternehmer erlaubt, mit ihrem Ausfluss, haben sie bereits beswiesen, indem bei den Unternehmern Schönsfeld und W. Laubmann der Lohn bereits gefürzt wurde; außerdem mussten die Arbeiter bei W. Laubmann bereits am vorherigen Samstag einen dem Tarif angepasste Arbeitsordnung unterschreiben. Den organisierten Kollegen, die ihre Unterstiftung verweigerten, wurde acht Tage Bedenktzeit gewährt. Die organisierten Kollegen des Lohnstreits Hof haben bereits in einigen Versammlungen Stellung zu diesem Tarif genommen und beschlossen, nun bereits an das Unternehmertum ebenfalls Vorderungen zu stellen. Es bleibt jetzt abzuwarten, wie sich die Unternehmer den berechtigten Forderungen der Gezielten gegenüber verhalten werden. Sollte eine befriedigende Lösung der vorhandenen Differenzen nicht herbeizuführen sein, so würde es wahrscheinlich zum Kampfe kommen. Es ist daher dringend ratsig, den Zugang fernzuhalten.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Bestellungen auf die Nr. 5 des „L'Operario Italo-Anno“ müssen bei unsrer Expedition bis Montag, den 3. März, eingegangen sein. Spätere eilauflaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstags früh gedruckt wird.

Alle Auskünften, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operario“: C. Legien, Hamburg-Et. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

* * *

Gau Magdeburg. Nach der Ausstellung des in Nr. 7 des „Grundsteins“ veröffentlichten Berichts sind noch Beiträge bei der Gauaufsicht eingegangen von Gr. Budde A. 10, Dierendorf 8; Fernerleben 6, Gelle 18,79, Hederleben 7, Venenhorst 9, Berbst 84, Güthen 7,45, Gardelegen 20. Summa A. 116,54. Es sind demnach im Berichtsjahre von den Zweigvereinen an die Gauaufsicht gezahlt worden insgesamt A. 1967,14.

* * *

Gau Köln a. N. Das Berichtsjahr erstreckt sich auf die Zeit von Juli bis Dezember. Die erste Aufgabe des Gauvorstandes war, dem zersetzenden Einfluss der auch im Rheinlande im Laufe des verflossenen Jahres sich stark fühlbar machenden Krise innerhalb unserer Organisation entgegenzuwirken. Wir waren uns darüber klar, dass, sollte die Organisation im Rheinlande nicht schwer geschädigt werden, zuerst die organisierten Kollegen mehr als bisher an den Verbund gefestigt werden müssten. Es wurden zu diesem Zweck sofort in allen Zweigvereinen Besprechungen mit den leitenden Kollegen abgehalten, um diejenen mehr als bisher an ihre Pflicht zu erinnern und gleichzeitig mit ihnen über die einzuhaltenden Wege zu beratschen. Zunächst galt es, die Beitragsentlastung überall durchzuführen; dieses ist uns auch fast durchweg gelungen. Nur in drei Orten lässt dieselbe noch zu wünschen übrig. Gerade im Rheinlande ist die regelrechte Durchführung der Entlastung mit großen Schwierigkeiten verbunden, da es cinesteils an den geeigneten Kollegen fehlt, und anderseits die Überzeugung von der Notwendigkeit der Organisation bei den anfänglichen Kollegen noch nicht so vorhanden ist, um diejenigen ohne Gefahr für die Organisation zu derartigen Polen heranzuziehen. Wie vortheilhaft das Einholen der Beiträge für den Bevölkerungsverband ist, hat sich im Kölner Zweigverein gezeigt, derselbe hatte am Jahresabschluss nur einen ganz verschwindenden Theil Mitglieder, welche noch Beiträge reichten und wohinwohl diejenigen in den Bezirken, wo es um so tüchtiger Agitationsarbeit mangelt. Es muss also in dieser Beziehung seitens der leitenden Kollegen mehr als bisher daraufhin gearbeitet werden, die noch vorhandenen Überstände zu beseitigen.

Des Ferneren war der Gauvorstand bestrebt, auch die unorganisierten Kollegen dem Verbund zuguthun und wurde zu diesem Zweck verucht, die Agitation auf den Arbeitsplätzen einheitlicher und fruchtbringender zu gestalten durch Einführung resp. Durchführung des Bauvertrauensmänner-Systems. Leider müssen wir konstatieren, dass dies noch ungleich schwierer als das Einführen der Beiträge bei den Kollegen durchzuführen war. Überdau hieß es, ja, wenn wir das machen, dann fliegen wir heraus aus der Arbeit. Die bleiche Angst sprach von den Meisten, wenn man mit ihnen darüber redete. Einigermaßen durchgeführt ist es nur in Düsseldorf und Köln. In letzterem Orte ist in den letzten Wochen auch schon wieder ein Nachlassen bemerkbar. Gedenfalls bedarf es noch tüchtiger Agitationsarbeit der leitenden Kollegen, wenn dieses System einbürgern und zum Gedanken der Organisation mit beitragen soll.

Sodann wurde auf Betreiben des Gauvorstandes in allen Orten die Hausagitation eingeleitet; dieselbe war auch in verschiedenen Orten erfolgreich. Zur Erleichterung dieser Arbeit hatte der Gauvorstand ein Blugblatt ausgearbeitet und den Kollegen zur Verfügung gestellt; dasselbe wurde unter Anderem in Köln und Umgegend, Bonn, Düsseldorf, Aachen, Oberndorf und Kreisfeld verbreitet. Außerdem hatten die Eversfelder und Barmer Kollegen noch ein Blugblatt vertheilt. Leider fehlt es auch hier immer an genügenden Kräften, die sich dieser anstrengenden Tätigkeit widmen. Hoffentlich haben wir in diesem Berichtsjahr mehr Erfolg. Anknüpfend an die Hausagitation fanden in den einzelnen

Orten öffentliche Versammlungen statt, die weitestweite gut besucht waren und Zeugnis ablegten von dem wachsenden Interesse der Maurer an den Bemühungen unseres Verbundes. Auf einen Überstand wollen wir hier gleich hinzuweisen: das ist die mangelhafte Demutshaltung der dazu berufenen Kollegen in Bezug auf die Leitung von Versammlungen. Diezelben werden manchmal bei den geringfügigsten Dingen konfus und wissen sich dann garnicht mehr zurecht zu führen. Die schlechte Leitung trägt denn so auch oft ein gutes Theil dazu bei, dass die Versammlungen nicht den gehofften Erfolg bringen. Ich empfehle den Kollegen deshalb das fröhliche Studium der von der Generalkommission herausgegebenen Broschüre: „Praktische Ratschläge für Vereins- und Versammlungsleiter“, gleichzeitig müssen dieelben sich mehr um die allgemeinen Fragen in der Arbeiterbewegung kümmern, überhaupt sich mehr an öffentlichen Leben beteiligen; Derselbe, der nur in seinem Verein thätig ist und sich nicht um seine Umgebung kümmert, wird niemals im Stande sein. Alles das zu übersehen, was im Interesse der Organisation notwendig ist.

Dieselbe Unterhaltung der einschlafenden Arbeiten, findet mich bei unseren Kassierern. Es ist hierüber von den anderen Gauvorständen schon das Röthliche gesagt und glaube ich damit beginnen zu können, wenn ich hinzufüge, dass mit einigen Ausnahmen in unserem Gau die Kassenregelung sehr schlecht geführt werden. Die Kassierer glauben, schon genug zu tun, wenn sie die Marken verkaufen und das Geld dafür einnehmen; Durchführung ist Nebensache. Die Haupthandlung ist Marken und Geld, hört man oft die Leute sprechen, wenn man ihnen den Wert einer geregelten Buchführung plausibel machen will. Ein Glücks ist es, dass durch die Einführung der Einheitsmarke sich die Kassenregelung ein wenig vereinfacht haben. Die Einheitsmarke ist im ganzen Gau eingeführt und hat sich bis jetzt abgetrennt von einigen Orten, in denen aber auch noch andere Gründe an dem Niedergang der Organisation mitspielen, gut bewährt.

Die im Laufe des verflossenen Jahres herrschende Krise hatte auch im Rheinlande den Unternehmertum gute Gelegenheit gegeben, die Löhne zu reduzieren, was den Herren auch fast überall gelungen ist. Den Anfang machten die Solinger Bauproben, indem sie den Gehältern anstatt der zehnstündigen die elfstündige Arbeitszeit aufdrängten. Angeblich galt dies einem „Verlangen der Gezielten entsprechen“, auch habe sich die elfstündige Arbeitszeit in den umliegenden Orten Hennef, Wald und Olsberg seit Jahren bewährt. So begründeten die Unternehmer die Maßregel. Zu Bielefeld war es darauf abgesehen, den Stundenlohn sowohl zu reduzieren, doch die Gezielten bei elfstündiger Arbeitszeit einen geringeren Tagelohn erhalten sollten als früher bei zehnstündiger Arbeitszeit. Es ging dies aus den Andeutungen einzelner Unternehmer zur Kenntnis her vor. Unsre Kollegen ließen sich jedoch nicht daran ein, sondern legten in großer Zahl die Arbeit nieder. Leider fanden sich im Verlauf des Streiks so viele Streikbrecher, dass der Streit nach zehnjähriger Dauer als verloren betrachtet werden mußte. Jedoch war den Unternehmern der Sieg nicht leicht gemacht worden und trugen die Herren nun doch Bedenken, den Stundenlohn in nemenswerther Weise zu reduzieren, so dass also schließlich der Lohn augenscheinlich nicht wesentlich schlechter ist als im Vorjahr. Wenn unsere dortigen Kollegen genügend Gesellschaftlichkeit und Bräderlichkeit entwickele, dann werden sie in diesem Frühjahr die elfstündige Arbeitszeit nicht wieder bekommen. Die Solinger Bauproben haben im verflossenen Jahre auch zu ihrem Leidwesen erfahren müssen, dass der Centralverband deutscher Maurer in solchen Dingen seinen Stab verlor. Vereinswert ist noch, dass die Solinger Unternehmer dem Arbeitgeberbund für das Bauunternehmen angehören sind, die Scharmütze im ganzen bergischen Lande betrieben wird. Größere Lohnänderungen waren zu verzeichnen in Düren, Aachen und Möncheng. Dieselben betragen 4-8 S. pro Stunde. Leider scheint es, als ob selbst dadurch die Maurer in diesen Orten nicht zur Vernunft kommen. Wohl haben sich dieselben im ersten Augenblick darüber aufgerichtet, in Düren wurden sogar einige gute Versammlungen abgehalten und eine Anzahl Kollegen ließ sich in den Verbund aufnehmen, wie es dann aber an's Zvezahlen ging, da war die Begeisterung verlosen und die erst so großen Männer verstimmt. Hoffentlich befinden sich die dortigen Kollegen bald eines Besseren. Durch Streiks der Zimmerer in Mönchengladbach gezogen wurden die Maurer in Köln und Düsseldorf. Diese Streiks dauerten beide gleich lang (zirka 18 Wochen), wodurch unsere Organisation in ihrer Fortentwicklung gehemmt wurde. In Düsseldorf war im Hochsommer auch unter den Maurern Streiklust vorhanden; es kam jedoch nicht zum Streit, weil der negative Ausgang eines solchen ziemlich klar vorhergesehen war. Sonst war im vorigen Jahr, abgesehen von einigen Baupreisen, keine Lohnbewegung zu verzeichnen.

In Bezug auf den Bauarbeiterkampf haben wir den Kollegen allerorts die auch in Köln mit gutem Erfolg eingesetzten Taktik empfohlen, alle Wohlstände auf den Arbeitsplätzen sofort in der am Orte erscheinenden Arbeitserziehung zu fristlosen und wo eine solche nicht vorhanden, dem Gauvorstand die Wohlstände mitzuteilen. Durch das erste Verfahren sind wir in Köln zu einer Polizeiverordnung (der ersten in dieser Beziehung), betreffend Schaubewilligungen und Arbeitssicherung bei Bauausführungen, gekommen, welche mit dem 1. Dezember vorigen Jahres in Kraft trat und deren hauptsächlichste Bestimmungen, neben der vollständigen Abdeckung der Baustellen, Anbringung von Schlagruten und einigen sonstigen Vorschriften in Bezug auf den Werkstättbau, die Errichtung resp. Beschaffung von Unterkunftsräumen und Abarten bei Bauausführungen, vorliegen. Leider gibt es in unserem Bezirk sehr wenige Orte, wo derartige Vorschriften erlassen sind; an eine Beaufsichtigung der Bauten durch die Behörde ist garnicht zu denken. Nur Düsseldorf und Kreisfeld haben Baufontroleure, und auch dort ist noch Monches abänderungsbefürfig. Es wird auch wohl in keinem Bezirk so frivol mit dem Leben und der Gesundheit der Bauarbeiter des Unternehmers umgegangen, wie gerade im Rheinlande, davon zeigte die erfreulich hohe Zahl von Bauunfällen mit tödlichem Ausgang sowie die Bauenhäuser, deren einige wir noch vor wenigen Wochen in Rheindorf und W. Gladbach zu verzeichnen hatten. Die Strafen, welche von Seiten der Gerichte bei derartigen Gelegenheiten gegen die schuldigen Unternehmer erlassen werden, sind auch nicht dazu augehalten, die Unfallgefahr zu vertingen.

Die sogenannte christliche Maurerbewegung, die in den letzten Jahren besonders im Rheinlande von der ultramontanen Heiligkeit gehörig fortsetzt wurde, ist bis heute noch nicht aus ihren Geburtswurzeln herausgelommen. Nach Allem, was wir in dieser Beziehung erfahren haben, ist wohl anzunehmen, dass dieses Auftreten von Organisation entweder in der Geburt sterben oder doch in den ersten Jahren seines Lebens an seiner Bedeutungslosigkeit zu Grunde gehen wird. Am meisten hat die christliche Bewegung vor dem Befreiungskampf der Centrumspartei zur Politikerwahl vorliegen. Es bricht sich eben auch in den katholischen Arbeitstreibern immer mehr die Überzeugung Bahn, dass die Rechte des arbeitenden Volkes von der ultramontanen Brotwucherpartei mit Rücksicht getreten werden. Im Übrigen sind die wenigen sogenannten christlichen Maurer sehr anspruchsvoll. Dies zeigt sich anlässlich des Erlasses der Kölner Baupolizeiordnung im vorigen Herbst, welchen der Befürworter Peiper als das Resultat der christlichen Organisationsarbeit bezeichnete, obgleich die Herren bis jetzt noch garnicht um die Befestigung der Mittelände kümmerten, sondern es immer den freien Gewerbsvereinen überlassen haben, für die Aushebung der Wohlstände einzutreten. Nun, Klappern gehört zum Handwerk, dentst auch Herr Peiper, und darum braucht er mit den Erfolgen Änderer. Wir wollen unsere Kollegen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass sie uns mehr als bisher von Allem zu unterrichten haben, was in ihren Orten innerhalb unserer sowie der christlichen Organisation vorfällt, damit wir auf dem Laufenden bleiben. Es geschieht dies leider nicht immer, so dass wir oft kaum Zeit später von den Ereignissen Kenntnis erlangen, die möglichst schnell zu wissen für uns von großem Werth ist.

Wenn wir ja nun auch von großen Erfolgen im vergangenen Jahre nicht berichten können, so glauben wir doch durch unsere Agitationsarbeit das Zurückgehen der Organisation verhindert und eine Grundlage geöffnet zu haben, auf der die Bewegung im laufenden Jahre aufbauen könnten zum Segen der rheinischen Maurer und im Interesse unseres Verbundes. Wir geben uns der Hoffnung hin, dass wenn die Kollegen an den einzelnen Orten mehr als bisher ihre Schuldigkeit thun, und vor allen Dingen stets mit dem Gauvorstand in enger Füllung bleiben, alle ihnen gegebenen Wohlstellungen gewissenhaft befolgen und immer an die Verbesserung ihrer elenden Lage denken, dass wir dann eine wichtige Stütze vorwärts machen werden. Wir werden dann die große Schatz der im Rheinlande beschäftigten Maurer zu tüchtigen Verbandskollegen machen und wir werden vor allen Dingen mit den Herren Unternehmern ein ernstes Wort reden. Nicht länger mehr werden wir dulden, dass der Extrat unserer Söhne Arbeit eingesenzen müssen in den Schoß fällt, während die große Masse der Verbandskollegen trotz angestrengster Thätigkeit kaum so viel verdient, wie sie zum Lebensunterhalt für sich und ihre Familie notwendig gebraucht. Gott mit dem Soße der Freiheitshalb hoch die Solidarität! Er ist Ruth.

* * *

Gau Stettin. Die Umbildung des Agitationsbezirks Stettin erfolgte am 9. Juni 1901. Der Gau umfasst die Provinz Pommern, die Kreise Breslau, Soldin und Kreiswald der Provinz Brandenburg sowie einen Theil von Miedenburg-Schliezig.

Die Mitgliederzahl betrug in den 88 zum Gau gehörigen Zweigvereinen 4896 am Schluss des dritten Quartals 1901. Am Schluss des dritten Quartals 1900 waren es 3996 Mitglieder. Neu errichtet wurden, in der Verbandsperiode drei Zweigvereine; alte Vereine lösten sich auf. Die Zunahme an Mitgliedern ist nicht in allen Orten eine gleichmäßige, sondern in manchen Orten ist ein recht empfindlicher Rückgang zu verzeichnen. Es erhebt sich, einzelne Orte besonders zu nennen. Von davon betroffenen Kollegen wissen es und ist ihnen nur dringend zu empfehlen, die Lassietkeit abzuschütteln. Die Einnahmen des Gauvorstandes betrugen in übernommenem Konsolidationsstand A. 158,82, vom Gauvorstand erhalten laut § 4 Abs. 3 des Statuts A. 1855,12. Beiträge der Zweigvereine A. 208,10; Summa A. 1722,16. Ausgaben: Eingangene Arbeitsverbindlichkeit A. 845,50, Düren A. 64, Krefeld A. 283,55, Düsseldorf A. 19,65, Porto und Schreibmaterial A. 80,90, eine Kassette A. 20; Summa A. 1349,20.

Der schriftliche Verkehr mit den Zweigvereinen war ein recht lebhafter. In Potsdam gingen insgesamt 130 Stück ein; verändert wurden 173 Briefe, 49 Briefe, 20 Karten und drei Telegramme. Die Anwesenheit von Mitgliedern des Gauvorstandes bezw. eines Beamtenfragten deselben war notwendig, um 56 Versammlungen, 81 Sitzungen und in zwei Verhandlungen mit den Unternehmern, ferner bei acht Revisionen und neuen statistischen Ergebnissen. In einigen Orten war die Anwesenheit eines Mitgliedes des Gauvorstandes mehrmals notwendig bedingt durch die Lassietkeit. In sechs Orten kam es zu Arbeitsfeindschaften. In Neubrandenburg, Greifswald und Kolberg kam es zu Angriffsfeindschaft, weil die Unternehmer die Verhandlungen zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Länge zogen und keine Zugeständnisse machen. In Greifswald und Neubrandenburg zündete die Bewegung mit einem theilweisen Erfolg, auch in Kolberg wurde eine kleine Aufhebung erzielt. In Neustettin handelte es sich um eine Abwehr gegen die Biedereinführung der elfstündigen Arbeitszeit. In Breslau-Gramzow hatten die Kollegen Forderungen gestellt. Als Antwort verlangten die Unternehmer von den Gezielten, sie sollten aus der Organisation dem Verbund austreten. Als unsere Kollegen diesem Aufrufen keine Folge gaben, wurden sie am 1. April bzw. 15. März ausgesperrt und mußte der Kampf von uns angenommen werden. In Friedland i. M. handelte es sich ebenfalls um eine Aussperrung, und ist es hier der Bürgermeister, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, unsere Organisation zu befähigen. In Mölln tonnte eine Baulärche nach kurzem Beleibouer mit Erfolg für unsere Kollegen beweckt werden; eine Spalte auf Rügen zog sich mehrere Monate lang hin, ohne zu einem vollen Erfolg geführt zu haben. Bei der Lohnbewegung machte sich das Überangebot von Arbeitskräften für uns in unangemheimer Weise fühlbar, zumal die Unternehmer weder Mühe schenken, Arbeitskräfte heranzuziehen. Monchmal wirkte es befriedigend, mit welch liebvoller Aufmerksamkeit Leute behandelt wurden, die gerade nicht zu den saubersten Elementen gehören, wie einige gegen „Arbeitswillige“ verhängte Strafen wegen Eigentums- und Sittlichkeitsschreben beweisen. Die Lohnbewegung wurde dadurch erschwert, dass es sich zunehmend um

große ländliche Bezirke handelt. Die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen in den ländlichen Bezirken ist mit mehr Schwierigkeiten verbündet, als in geographischen Bezirken, die mit geschlossenen, städtischen Bezirken sind. Es handelt sich meist um Festlegung von wichtigen Bestimmungen betreffend Lohn, Bezahlung des Lohngekörtes, Legitimationen, Laufzeit, Bewertung, Fahrtvergütung und Sicherstellungen. Bei der Abgrenzung eines Lohnbezirkes wird sich das Zusammenwirken mehrerer Zweigvereine nötig machen, sofern es sich um ausgedehnte Vereine handelt. Im Bezirk Baiersbach-Bayreuth-Lichtenfels kommen neun Zweigvereine in Betracht. Das Verhältnis dieser Vereine zueinander ist in folgenden Bestimmungen festgelegt: Die Zweigvereine Teynitz, Hammelburg, Rothenthurm, Erl., Hammer, Heinrichswalde, Pöglitzsch, Lichtenfels und Voigt haben einen Lohngekörte. In Erwägung, dass die Kosten für Baumkontrolle, Rohdienstleistungen, Säuberung von Streitzeichen usw. nicht von einem Verein allein getragen werden können, hat die am 1. September 1901 tagende Konferenz aller hier in Betracht kommenden Zweigvereine beschlossen: die Kosten für obengenannte Fälle werden gemeinsam getragen und wird zu diesem Zweck eine gesonderte Kasse in Betrieb eingestellt, an die jeder Zweigverein pro Quartal und Mitglied 5,- abzuzahlen hat. Zur Regelung der Lohnfrage usw. wird eine gemeinschaftliche Kommission eingesetzt, in die jeder Zweigverein zwei Mitglieder wählt. Diese Kommission tritt je nach Bedarf, mindestens jedoch alle Jahr einmal in Sitzung zusammen. Ein Kommissionsauftakt, auf jedem Zweigverein nimmt an dem eifl. mit den Unternehmern stattfindenden Verhandlungen Theil. Stelle Kramer, Bösewall, Haubmannste, 8. fungiert als Obmann, an diesen sind alle Beschlüsse zu vertheilen. Die Mitglieder der Kommission werden alljährlich gewählt. Differenzen, deren Erledigung keinen Ausfluss leiten, können vom Obmann unter Einziehung zweier vom Zweigverein Bayreuth zu wählenden Kollegen mit Vertretern des Arbeitgeberbundes geregelt werden. Die Kommissionmitglieder erhalten für Teilnahme an den gemeinsamen Sitzungen und Verhandlungen außer Jahrgeld vierter Klasse und Vergütung für Arbeitgeberamt bis zu 2,- Dälen. Diese Kosten werden durch den einzelnen Zweigverein getragen.

Es hat sich gezeigt, dass das Zusammensetzen in diesem Zweck gute Früchte getragen hat. Wenn auch gerade nicht besonders viel an Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen erreicht worden ist, so ist doch der Gesamtkampf unter den Kollegen ein guter. Der Kampf hat ihnen den Mut gestärkt.

Eine brennende Frage ist für alle Orte die Beschaffung von geeigneten Verfolgungslosalen. Mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln wird das Abtreiben der Lokale versucht. Unsere Kollegen in Rothenthurm, Heinrichswalde und Petersberg wissen hierbei ein Vieh zu jagen.

Die Einführung des Einheitsbeitrages bereitete keine Schwierigkeiten, war vielmehr schon längst gewünscht worden. Die Einführung der Beiträge erfolgt in wenigen Orten durch die "Grundstein"-Holzportiere, in den größeren Orten durch die Zweigvereine. Hierzu wurde eine Abteilung der Löhne und Bezahlung eingerichtet. Wo die Haushaltung besteht, wird nur gute Erfahrungen gemacht. Vergleichlich der Buchführung und des Kostenwesens selbst besteht vielfach eine erfreulichende Ordnung. Hier muss entschieden Vandal geschaffen werden. Es ist meistens Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit, die zur Liederlichkeit führen. Ein geregeltes Kostenwesen ist ein Grundprinzip der Zweigvereine. Je mehr Ordnung und Rücksicht, um so mehr Vertrauen seitens der Mitglieder, und um so weniger ist kein Kassierer zu alt.

Für die Agitation bleibt im Bau noch ein weites Feld und es bedarf der energischen Mitarbeit aller, um die organisatorisch-fähigen Kollegen der Organisation aufzuführen. Freilich wird der Verband in erster Zeit darauftaufen müssen, um in einigen Orten Vereine hoch zu halten. In einigen Siedlungen bestehen Überreste der alten Kunst, die zu bloßen Vergnügungsbereichen herabgesunken sind, hier und da mit einer Unterstützungsloge verbunden. Über nach und nach beginnt auch hier der Sinn für unsere Bestrebungen Eingang zu finden.

In einigen Orten ist der Münzberuf nicht einziger Erwerbszweig. Die Kollegen sind noch nebenbei Schlächer, Müller, Fischer, Landarbeiter. Es mehren sich aber auch unter diesen Kollegen Personen, die mit anerkennenswerten Eifer für die Chancen ein treten. In einigen Orten, so in Wolfsgast und Tirsburg, haben die Unternehmer bei der Gründung von Mauervereinen Gebot gestanden, freilich zu seinem anderen Zweck, als die Mauerer abstinenz zu machen. Die Wolfsgaster Maurer haben schon manchen Vortheil vom Verband gehabt, jetzt scheint es ihnen zu wohl zu sein.

Zur Hinterpommern werden bei elf bis zwölfstündiger Arbeitszeit Löhne von M. 2,50 bis M. 3,50 gezaubert. Jahreslöhne von M. 500—600 sind keine Seltenheit. Um im Winter 4,- bis M. 1 im Holzschlag verbernen zu können, laufen die Maurer täglich Stundenreiche Wege.

Alles in Allem genommen, wollen wir ja sagen, dass im ganzen Bau die Zahl der Mitglieder gewachsen ist. Es müssen noch immer mehr Mitglieder gewonnen werden. Doch muss an den Mitgliedern selbst gezielt und gebilligt werden, damit der Werb der Organisation sich erhöht. Noch muss in unserem Bezirk so gearbeitet werden, dass am Schluss des Jahres es nicht allein heißt: Wir stehen, wo wir standen, sondern wir sind vorwärts gekommen.

Der Gauvorstand. S. A. Wilh. Schauer.

Gau Stuttgart. Erst Ende September des letzten Jahres wurde der Bau eingerichtet, und da ich in der letzten Zeit vor Gründung derselben die Agitationskommission nicht angehört, ist es mir auch nicht möglich, einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Jahr geben zu können. Das aber kann ich ruhig bemerken, dass wohl kein Gauvorstand unsereres Verbandes sein Amt unter solch schwierigen Verhältnissen angetreten hat, als es mir beschrieben war.

Die Beitragsregulierung des Mainzer Verbandsstages bedeutete für sämmtliche Mitglieder des Bauwesens eine Beitrags erhöhung. Stuttgart selbst war der einzige Ort, an dem vorher ein obligatorischer Streifsonderbeitrag bezahlt wurde, aber auch nur in der Höhe von M. 10,- wöchentlich, so dass auch hier immer die Einführung des Stundenlohnbeitrages von M. 3,- eine Beitrags erhöhung von M. 5,- darstellte. Doch ist hier dieser Prozess ziemlich glücklich überstanden worden, nur ein paar Kollegen haben erklärt, der hohen Beiträge

wegen nicht mehr zahlen zu wollen. Es ist aber wohl mit Wund anzunehmen, dass diese aug. vorher nur mit halbem Herzen bei der Sache waren und auch ohne den Mainzer Verband, eine Urtat gefunden hätten, dem Verbande den Rücken zu kehren. Die Mehrzahl der Stuttgarter Mitglieder hat sich mit der Neuerung unter Führung unserer alten bewährten Mitglieder langsam abgestanden.

Andererseits liegt die Sache in den übrigen Orten des Gaues. In Cannstatt, unserer angebauten Schwesterstadt, bestand schon seit vielen Jahren eine Befreiung, die zwar kein war, aber meistens aus älteren Kollegen bestand, die sich als Parteidienstleute aufspielten und denen wir nie zugestanden hätten, dass sie die Fahne des Verbandes so treulich im Stadte lassen würden. Es war an einem schönen Sonntag Nachmittag im Hochsommer, als einige Stuttgarter Kollegen uns in Cannstatt eingefunden kamen, um mit den dortigen Kollegen Pläne zu schmieden über die öffentlichen Versammlungen. Da rief: „Wer denn das nicht?“ „Was denn?“ „Na, dass wir uns ausgelöst haben.“ „Na, warum denn?“ „Ach, wir uns paar Männer habt ja doch keinen Wert, zu was sollen wir denn 40,- in der Woche haben!“ Alle Vorstellungen halfen nichts; auch einer einzigen bewährten Versammlung blieben die Kollegen völlig fern und so ist es tatsächlich, dass wir in Cannstatt gegenwärtig keinen einzigen organisierten Maurer haben.

Auch die Kollegen in Waldorf hatten im Sommer bei Einführung des M. 3,- Beitrages die Klinke in's Horn geworfen; eine Anzahl derselben hat sie aber nach verschiedenen Ver suchen und Versammlungen wieder in die Hand genommen.

In den meisten anderen Zweigvereinen aber sah es bei meinem Amtsantritt nicht viel besser aus. In Heilbronn z.B. hatten die Kollegen einen Beitragsfestsatz anstatt 40,- nur 25,- zu zahlen. Die meisten Kollegen aber hatten diesen statutwidrigen Beitragsfestsatz nicht getraut und in den Beitragszahlen überkämpft eine abwartende Stellung eingenommen; so dass die Beitragszahl im Oktober erst bis Ende Mai bezahlt hatte. Es hat zeit ein paar Versammlungen mit jenseitiger Anerkennung und der Einführung des Entlastungssystems bedurft, um den verfahrenen Karren wieder in's rechte Geleis zu bringen.

Technisch sah es in allen übrigen Orten aus. Baghaft, mitselbst beitragskräftig standen die meisten Kollegen da, kurz, die Organisationen waren dem völligen Verfall nahe. In Göppingen spielten auch andere Gründe mit; so wurde der Zweigverein im Berichtsjahr zweimal von solchen Kollegen vertrieben, die ihm nicht an Ehre gerechnet. Der Eine (Wörbener) verantworte z.B. eine „Internationale Wörbener“ mit einer eigenen italienischen Musikkapelle; die Kollegen für Instrumente und internationale Kaiserpostkarten aber ließ er den Göppinger zurück. Ein anderer inzertierte eine kleine Bauparthei und benutzte die Gemeindezeitung, Gott und die Welt anzupumpen und dann zu verdrücken. Dass solche Vorkommen, namentlich in kleineren und mittleren Orten, nicht fördernd auf die Organisation wirkten, ist einleuchtend.

Aur ein einziger Zweigverein konnte im Laufe des Sommers neu gegründet werden und zwar in Aalen. Die Mitgliedszahl ging rasch in die Höhe, nahm aber ebenso schnell wieder ab infolge von Nichtbezahlung der Beiträge und Abreise italienischer Mitglieder.

Die erste Tätigkeit des Gauvorstandes konnte sich angesichts solcher Verhältnisse und solcher Jahreszeit, es war Oktober, nur darauf beschränken, das noch bestehende zu retten. Sie heute ist das gelungen, ja, wie schon oben erwähnt, es gelang, die Befreiung Waldorf wieder in's Leben zurückzurufen. Mag auch die Mitgliedszahl gegenüber dem Vorjahr auf dem Papier etwas kleiner erscheinen, so ändert das nichts daran, dass wir nicht zurückgegangen sind; denn der Gauvorstand war von Anfang an bemüht, die Zahl der in den Büchern laufenden Mitglieder mit der Zahl der tatsächlichen Mitglieder in Einklang zu bringen.

Als ein Hauptgrund der schwachen Organisation ist das Fehlen von agitatorisch tätigen Kollegen in den meisten Orten zu betrachten; es kommen aber außerdem noch mancherlei andere Ursachen in Frage. Im gesammten Bau haben wir es in der Hauptstädte mit Kollegen zu tun, die auf dem Lande wohnen, in den Städten wohnen wohlstandend ein Viertel der dort Beschäftigten. Dass die Agitation unter den auf dem Dorfem zustreifenden Wohnenden Maurern bedeutend umständlicher und schwieriger ist, als in solchen Städten, wo die Kollegen fast ausnahmslos in der Stadt selbst wohnen, braude ich wohl nicht näher auszuarbeiten; dass Schwierigkeiten aber ist, diese Kollegen, die von Jugend auf an Bedeutungsfähigkeit, oder wie sie es nennen, an's Sparen gehörend sind, von der Rothirschfamilie hoher Beiträge zu überzeugen. Aber es kommt noch etwas hinzu, das ich an dieser Stelle nicht weiter befreidren, sondern nur andeuten will, nämlich die Thatsache, dass sehr viele auf dem Lande wohnende Industriearbeiter der Arbeiter sind (und leider oftmals in dieser Ansicht noch von anderer Seite bestärkt werden), dass es genügt, einer politischen Organisation mit 20,- Monatsbeitrag und vielleicht noch einem Arbeitgeberbeitrag zu angehören. Unsere Aufgabe wird es sein, dieser Illusion mit aller Schärfe entgegen zu treten, wie überhaupt die Vereinsmutter entziehen zu befähigen. In Stuttgart arbeiten beispielweise Kollegen, die vom Verband nichts wissen wollen, sogar hier (wo von abgeschaffte) Arbeitsarbeiten übernommen, dabei, aber als Vorsteher und Abschlagsmitglieder von Arbeitgebervereinen die Interessen der Arbeiter vertreten. Mit einer Anzahl solcher Kollegen werden wir in Waldorf eine kleine Abrechnung halten.

Wie ja bekannt, haben wir im ganzen Bau sehr viel mit Italienern zu tun. In einer kleinen Stadt oder auf dem Lande einmal ein größeres Neubau errichtet, so werden ohne Weiteres einige Kolonisten Italienern, dazu herangezogen, die allerdings in einigen Orten bis zu M. 1 mehr Tagesverdienst haben, als unsere einheimischen Kollegen. Die Mehrzahl der Italiener ist wohl nach meinen Erfahrungen in Italien selbst solche Fortschritte macht, dass aus den Italienern heraus von selber die notwendigen Agitationstreize entstehen.

Es kommt das Bild, das ich entworfen habe, keineswegs ein erreichbares, um so mehr ist Arbeit im Bau vorhanden. Leider aber kann die Kufführung durch Versammlungen, hauptsächlich in den Landorten, meistens nur Sonntags erfolgen, so dass dann immer mehrere Referenten notwendig

sind. Erfahrungswerte kann ich berichten, dass verschiedene Kollegen in Stuttgart, Konstanz und Waldorf sich als Redner zur Verfügung gestellt und andererseits auch in den einzelnen Orten sich die Zweigverein vorstände bereit erklärt haben, nach Kräften mitzuwirken.

Ein Pauschalgehalt muss auf die pünktliche Einlassung der Beiträge verzweigt werden und soll dieses System im Frühjahr überall dort, wo es bis jetzt nicht vorhanden ist, streng durchgeführt werden.

Die Bauarbeiterfahrt scheint im laufenden Jahre gegenüber dem Vorjahr eine regere zu werden und wollen wir bestrebt sein, bei eingetragenen Gütingen möglichst eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, um so mehr, als die Unternehmer, eigentlich auch in Stuttgart, sich nicht genizt haben, den Lohn um 2,- S. zu reduzieren.

Auch der Bauarbeiterfahrt bedarf noch kräftiger Förderung und dürfen auch vor die Mauer nach meiner Ansicht niemals an letzter Stelle marschieren. Beständig müssen Betriebsgenossenschaft, Polizei und Regierung an ihre Pflicht erinnert werden; die erlaussten Verfügungen müssen von uns durchgesetzt und die Anregung dazu gegeben werden, dass neue bessere Bestimmungen zu erlassen sind.

Über die „christliche“ Bauarbeiterorganisation in unserem Bezirk vermag ich nichts zu berichten; die Schwierigkeit scheint bei ihr ziemlich weit vorgezogen zu sein. Sie ruhe in Frieden!

Wir aber wollen weiter arbeiten. Redner nach seinen Kräften und an seinem Platze. Dann dürfen wir uns wohl der Hoffnung hingeben, im nächsten Jahre auf extremlichere Resultate zu gelangen.

S. Scholle.

Am 18. Februar hielt der Zweigverein Altona seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Arbeitersprecher Philipp Müller gab einen Vortrag über: „Die wichtigsten Bestimmungen der Sozialgesetzgebung“. Er gab einen Überblick, wie das Krankenversicherungsgesetz entstanden, dann das Unfallversicherungsgesetz und das „die Krönung der Sozialgesetzgebung“ sein sollende Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz. Er erinnerte das erfolglose Demobil unter Vertretern im Reichstag, die Gesetze und deren Leistungen so zu gestalten, dass die Arbeiter, wenn sie gezwungen sind, diese sogenannten Segnungen in Anspruch zu nehmen, doch mindestens eine solche Unterstützung erhielten, dass auch wirklich ein Arbeiter und seine Familie davon leben können. Redner brachte dann zunächst das Krankenversicherungsgesetz, gab eine Darstellung, was die Arbeiter zu beanspruchen haben, sam dann auf die verschiedenen Arten der Krankenfassen zu sprechen, und ist der Meinung, dass die Kreiskrankenfassen zu empfehlen seien. Gerade in Hamburg-Altona müssen die Arbeitersorganisationen danach hinarbeiten, dass die Unternehmer nicht das Recht hätten, nur solche Leute in Arbeit zu nehmen, die einer freien Hälfte angehören, damit die Kreiskrankenfassen gefordert werden, und ebenso wie in Berlin, Leipzig, Mainz usw. ganz Erfolgreiches leisten könnten. Beim Unfall-Versicherungsgesetz erläuterte Redner zunächst den Begriff „Betrieb“, dann die Organisation der Berufsgenossenschaften, der Schiedsgerichte und des Reichs-Versicherungskamts, schilderte die Gemeinschaftsleistung des Systems, der Vertrauenssätze, die in ihrem eigenen Interesse sowie im Interesse der Berufsgenossenschaften die Dienste so niedrig wie möglich herabzulegen bestreben. Ferner gab er Ausklärung über Beginn und Höhe der Renten, nachst bestrebt, dass daraus bestrebt, dass nach den neuen Bestimmungen der Verleih auch schon dann Anspruch auf Renten hat, wenn er abblieb der dreizehnten Woche von seiner Krankenfasse ausgesteuert ist. Dieser Fall kann eintreten, wenn die Verleihung wohl geblieben ist, der Betreibende aber trotzdem noch erwerbsunfähig ist. Die Berufsgenossenschaft muss in diesem Fall eintreten von dem Tage an, wo die Krankenfasse die Versicherung fortsetzen; zumal sie nur alle zwei Jahre 90 Marken zu leben brauchen, also für einen dichten Beitrag sich im Falle Eintretens der Invalidität ausgleichen kann. Dieser Fall kann eintreten, wenn die Verleihung wohl geblieben ist, der Betreibende aber trotzdem noch erwerbsunfähig ist. Die Berufsgenossenschaft muss in diesem Fall eintreten von dem Tage an, wo die Krankenfasse die Versicherung fortsetzen; zumal sie nur alle zwei Jahre 90 Marken zu leben brauchen, also für einen dichten Beitrag sich im Falle Eintretens der Invalidität ausgleichen kann. Dieser Fall kann eintreten, wenn die Verleihung wohl geblieben ist, der Betreibende aber trotzdem noch erwerbsunfähig ist. Die Berufsgenossenschaft muss in diesem Fall eintreten von dem Tage an, wo die Krankenfasse die Versicherung fortsetzen; zumal sie nur alle zwei Jahre 90 Marken zu leben brauchen, also für einen dichten Beitrag sich im Falle Eintretens der Invalidität ausgleichen kann.

Die erste Tätigkeit des Gauvorstandes konnte sich angesichts solcher Verhältnisse und solcher Jahreszeit, es war Oktober, nur darauf beschränken, das noch bestehende zu retten. Sie heute ist das gelungen, ja, wie schon oben erwähnt, es gelang, die Befreiung Waldorf wieder in's Leben zurückzurufen. Mag auch die Mitgliedszahl gegenüber dem Vorjahr auf dem Papier etwas kleiner erscheinen, so ändert das nichts daran, dass wir nicht zurückgegangen sind; denn der Gauvorstand war von Anfang an bemüht, die Zahl der tatsächlichen Mitglieder mit der Zahl der tatsächlichen Mitglieder in Einklang zu bringen. Als ein Hauptgrund der schwachen Organisation ist das Fehlen von agitatorisch tätigen Kollegen in den meisten Orten zu betrachten; es kommen aber außerdem noch mancherlei andere Ursachen in Frage. Im gesammten Bau haben wir es in der Hauptstädte mit Kollegen zu tun, die auf dem Lande wohnen, in den Städten wohnen wohlstandend ein Viertel der dort Beschäftigten. Dass die Agitation unter den auf dem Dorfem zustreifenden Wohnenden Maurern bedeutend umständlicher und schwieriger ist, als in solchen Städten, wo die Kollegen fast ausnahmslos in der Stadt selbst wohnen, braude ich wohl nicht näher auszuarbeiten; dass Schwierigkeiten aber ist, diese Kollegen, die von Jugend auf an Bedeutungsfähigkeit, oder wie sie es nennen, an's Sparen gehörend sind, von der Rothirschfamilie hoher Beiträge zu überzeugen. Aber es kommt noch etwas hinzu, das ich an dieser Stelle nicht weiter befreidren, sondern nur andeuten will, nämlich die Thatsache, dass sehr viele auf dem Lande wohnende Industriearbeiter der Arbeiter sind (und leider oftmals in dieser Ansicht noch von anderer Seite bestärkt werden), dass es genügt, einer politischen Organisation mit 20,- Monatsbeitrag und vielleicht noch einem Arbeitgeberbeitrag zu angehören. Unsere Aufgabe wird es sein, dieser Illusion mit aller Schärfe entgegen zu treten, wie überhaupt die Vereinsmutter entziehen zu befähigen. In Stuttgart arbeiten beispielweise Kollegen, die vom Verband nichts wissen wollen, sogar hier (wo von abgeschaffte) Arbeitsarbeiten übernommen, dabei, aber als Vorsteher und Abschlagsmitglieder von Arbeitgebervereinen die Interessen der Arbeiter vertreten. Mit einer Anzahl solcher Kollegen werden wir in Waldorf eine kleine Abrechnung halten.

Wie ja bekannt, haben wir im ganzen Bau sehr viel mit Italienern zu tun. In einer kleinen Stadt oder auf dem Lande einmal ein größeres Neubau errichtet, so werden

ohne Weiteres einige Kolonisten Italienern, dazu herangezogen, die allerdings in einigen Orten bis zu M. 1 mehr Tagesverdienst haben, als unsere einheimischen Kollegen. Die Mehrzahl der Italiener ist wohl nach meinen Erfahrungen in Italien selbst solche Fortschritte macht, dass aus den Italienern heraus von selber die notwendigen Agitationstreize entstehen.

Es kommt das Bild, das ich entworfen habe, keineswegs ein erreichbares, um so mehr ist Arbeit im Bau vorhanden.

Die Bauarbeiterfahrt, man möchte sagen, eine sogenannte Friedfahrt ist über die ganze Verbandsstädte ausgebaut. Durch

ein einziges Verhältnis, man möchte sagen, eine sogenannte Friedfahrt ist über die ganze Verbandsstädte ausgebaut. Durch

ein einziges Verhältnis, man möchte sagen, eine sogenannte Friedfahrt ist über die ganze Verbandsstädte ausgebaut.

Die Arbeitsergebnisse ist in guten Jahren keine große

viel weniger noch bei dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergang. Dazu kommt, daß noch immer mit dem alten Mittel der sozialistischen Sozialabstimmung operiert wird. Kein Wunder also, wenn die dortigen Kollegen zusammenhangslos und kampflos sind. Ich fand, so schreibt Kollege Müller aus Norden, am Sonntag, den 8. Februar, als ich vom Gauvorstand zu einer dort stattfindenden Versammlung beordert war, denn auch Alles vor, was man nicht finden sollte. Das Votat war abgetrieben worden und dessen Wirth hatte zum Überraschung für vorher in der Zeitung konstatiert, daß Mauerverbundungen bei ihm nicht mehr abgehalten werden. Außer dem Vorliegenden und Käffner, die gut auf ihrem Posten sind, sah ich im Laufe des Tages noch einige Männer, von denen man alles Andere zu hören bekam als Hoffnungstreueigkeit für die Zukunft. Es war zu Ohren der Kollegen gekommen, daß die Meister eine Lohnreduktion und Arbeitszeitverlängerung im Sinne haben. Einiges Schriftliches ist aber bis jetzt an die Lohnkommission noch nicht gelangt. Somit will man vorsichtig von weiteren Schritten Abstand nehmen und sehen, ob die Meister ihre Drohung wahr machen. Hoffentlich sind dann die gehörte Wohnung und zusammenhangslos lebenden Aachener Kollegen auf ihrem Posten und im Stande, sich erfolgreich zu wehren, wie sie es vor mehreren Jahren getan haben.

Am 18. d. M. hielten die Kollegen in Barmen eine Versammlung ab. Verhandelt wurde über eine geplante Hausagitation, durch die in anderen Großstädten ein überaus glänzendes Resultat erzielt worden ist. Berücksichtigt wurde die Laiheit der Kollegen, sobald es geht, für den Verband beginnt, für dessen weiteren Aufbau etwas zu thun. Enttretend sitzte Kollege Walser die Worte: „Manch, wenn es besser werden soll, so lange bei dir selber an“. In richtigem Witzbloggung dieser Worte folgte die Versammlung folgenden Beschuß: Der Zweigvereinsvorstand wird ermächtigt, jedes Mitglied einschließlich der in Aix vorzuherrschenden Hausagitation zur Mitarbeit heranziehen zu dürfen. Es ist die moralische Pflicht der Kollegen, sich dieser Agitationsarbeit zu unterziehen, falls sie noch auf den Namen Verbandsabstolze Anspruch machen. Des Weiteren beharrt die Versammlung noch die fürsäich stellengehobene Mahnung eines Überlebenden Kollegen, dem die Meldung von Baustellensünden (es wurde bei offenen Koalitionsarbeiten) zugekehrt wurde und demzufolge auf's Pfosten flog, obwohl durch eine Bezeichnung des Vanianites klar erwiesen ist, daß der betreffende Kollege keine Meldung gemacht. Aufgelistet ist es noch nicht, welcher Schnorrer sich die zweitklassige Ehre verdient hat, den betreffenden Kollegen, der, nebenbei bemerkt, Mitglied der Bauentkonzernkommission ist, anzuhören. Über fühlte sich der betreffende Parteier — Mitglied eines sogenannten Arbeiterschuppervereins — bewogen, durch eigenmäßiges Handeln seine arbeitsfördernde Tätigkeit auf diese Art und Weise zu bestrafen?

Am 16. Februar hielt der Zweigverein Bielefeld seine erste Mitgliedserversammlung in diesem Jahre ab. Kollege Hugo Röber-Hamburg hielt einen etwa unterhalbstündigen, sehr lehrreichen Vortrag, welcher mit großem Interesse von sämtlichen Mitgliedern verfolgt wurde. Er schloßte zunächst die Gewerkschaftsorganisation und betonte dann das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Gesellen, das sich unter der kapitalistischen Gesellschaftsform vollständig umgestaltet hat. Hierauf verlas der Kaiser die Abrechnung vom verflossenen Jahre, die von der Versammlung bestätigt wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden sämmtliche Verwaltungsbeamten wiedergewählt. In „Verchiedenes“ wurde eine Debatte eröffnet über die Lebhaftigkeitsprüfung. Dielebe steht hier in voller Blüthe. Es kommen bei einem Unternehmer neue Lehrlinge auf nur zwölf Gesellen. Kollege Hugo Röber beleuchtete das Lehrungsweisen, dessen Nachtheile für Lehrlinge und Gesellen und erklärte sich bereit, falls der Zweigverein bei der Handelskammer vorstellig werden sollte, zu jeder Zeit Rat und Auskunft ertheilen zu wollen.

Dem Zweigverein in Bochum wurde Anfang dieses Monats sein bisheriges Versammlungstotal entzogen. Es kam dieses nicht unerwartet. Die Behandlung, die der Vereinsvorsitz des Gewerkschaften angeborenen war, war darauf gerichtet, sie los zu werden. Mit Rücksicht darauf, daß es wohl viele Wirth gibt, die wohl gerne die Groschen der Arbeiter einheimen, aber wenige, die den Arbeitern ihre Säle zur Verfügung stellen, wurde das Votat absehnaten. Die Kaufhauskultur war im vergangenen Jahre bedeutend geringer als 1900. Es waren ungefähr 800 Männer beschäftigt, gegen 500 im Jahre zuvor. An öffentlichen Bauten wurden zwei Volksschulen und eine katholische Kirche errichtet. Nach der im vergangenen Sommer aufgenommenen Statistik betrug der Durchschnittslohn 41. Eine der größten Unternehmer — Müller — hat in den letzten Wochen sämmtlichen Maurern den Lohn pro Stunde um 8 % gestützt. Die davon Betroffenen sind mit wenigen Ausnahmen nicht organisiert; und es wird noch vieler Elegation bedürfen, diese der Organisation zuzuführen. Die Mitgliederzahl ist infolge der geringeren Bauarbeitszeit etwas zurückgegangen. In der letzten Versammlung wurde die vom Gauvorstand angeregte Hausagitation beschlossen; sie wird den erwünschten Erfolg nicht bringen, weil die große Masse noch unter der Fahne des Katholizismus marschiert, und trotz der Lohnreduktionen noch nicht die Notwendigkeit der Organisation begreift hat. Die Bausansichten für dieses Jahr sind sehr minimale, und ist es nötig, doppelt zu rüsten, um weitere Lohnkürzungen abzuwehren zu können.

Der Zweigverein Gr.-Wödern hielt am Sonntag, den 16. Februar, seine regelmäßige, gut besuchte Mitgliedserversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende als Kommissionsmitglied Bericht über die Annahme des neuen Lohntarif, der den Gesellen von den Unternehmen zur Annahme zum 1. Januar d. J. zugestellt worden war. Der Lohntarif fördert einen Stundenlohn von 32 S. und für Nebenstunden und Wacharbeit pro Stunde 5 S. Aufschlag vor. Die Gehälter bei Landarbeit ist dahin geregelt, daß die Unternehmer die Ortschaften, je nach der Entfernung, in Zonen eingeteilt hatten, so daß auf die erste Zone eine Stunde, auf die zweite Zone zwei Stunden, auf die dritte Zone 3½ Stunden Gehalt am Montag und Sonnabend entfallen; die Gehälter für die vierste Zone unterliegt der Einbarung. Wo die Bahn benötigt werden kann, wird Kleinfeld vergütet; hierzu hat Niedner horbor, daß der Kollege Maier in Detmold die Entfernung der Ortschaften vom Hauptorte und die Eintheilung der Zonen vorgenommen habe, wodurch die Annahme des neuen Lohntarifes begünstigt wurde,

welcher dann auch zur Annahme gelangte mit der Bestimmung, daß er bis zum 31. März 1903 Gültigkeit haben solle. Der Bericht des Vorsitzenden wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheissen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden, daß zeitlich, daß am Sonntag, den 9. Februar, eine Vorstandssitzung der Zweigvereine Detmold und Gr.-Wödern, zu welcher auch der Gauvorstand anwesend war, stattgefunden hat. In der Sitzung wurde vom Gauvorstand die Frage erörtert, ob es nicht angängig sei, die drei Zweigvereine Detmold, Gr.-Wödern und Wetterau zu einem Zweigverein zu verschmelzen, da sie zu einem Lohnbezirk gehören. Der Gauvorstand empfahl, diese Erörterung mit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu legen, um die Meinung der Kollegen hierüber zu hören. Dieser Punkt gab dann zu einer lebhaften Debatte Anlaß. Sämtliche Niedner sprachen sich dahin aus, daß der Zweigverein in der bisherigen Weise zu verbleiben sei und unter keinen Umständen eine Verschmelzung stattfinden dürfe, da eine solche einen bedeutenden Rückgang der Mitglieder zur Folge haben würde. Unter „Verchiedenes“ machten mehrere Kollegen darauf aufmerksam, daß sämmtliche Kollegen, sowohl im Verbände angehörten, auch Abonnenten des „Kreisburgischen Volkszeitung“ seien mühten, denn aus diesen Blättern könnten sie lernen, ihre Interessen zu wahren und zu gleicher Zeit würden sie durch das Abonnement die Arbeiterpartei unterstützen, welche Pflicht und Schuldigkeit eines jeden bewußten Arbeiters sei. Die trefflichen Ausführungen wurden von mehreren Kollegen anerkannt und mit Beifall aufgenommen. Vom Vorsitzenden wurde in längeren Ausführungen noch angeführt, daß es doppelte Pflicht eines jeden Kollegen sei, die Organisation zu stärken und der selben immer mehr Mitglieder zuzuführen. Aber nicht nur dadurch, daß man nur seine Beiträge entrichtet und alle anderen der örtlichen Verwaltung auferlegt, sondern die Organisation verlangt es auch, daß sich jeder Kollege an den Versammlungen beteiligt, wie dies in letzter Zeit der Fall war, um sich das nötige Wissen zu beschaffen. Die Sitzung unter den Kollegen blieb unter keinen Umständen zum Stillstand kommen, denn nur dadurch ist es möglich, die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Nachdem Kollege Schröder noch für die hülftende Unterstützung des Kollegen Bartels den Kollegen seinen innigen Dank ausgesprochen hatte, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Blühen und Gedanken des Centralverbandes der Mauer Deutschlands geschlossen.

In der letzten Mitgliedserversammlung des Zweigvereins Bielefeld wurde Kollege Olof Göthe als erster Vorsitzender wiedergewählt. Da auch der Hauptkassen- und Schreibföhler das Amt wieder annahmen, besteht der Vorstand, mit Ausnahme der Vicedore, wieder aus denselben Personen. Jedoch ist zu bemerken, daß in der Hützglocke Bielefeld Kollege Olof Göthe und in Alt-Bielefeld Kollege Erich Helm bis auf Weiteres die Beiträge lassen werden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führte der Vorsitzende aus: Wohl nirgends können im Baugewerbe schlechtere Verhältnisse herrschen, als in den Bezirken der Bahnstrecken Gütersleben und Bielefeld, II. Kl., und Umgegend. Bei einer Arbeitzeit von 12 und mehr Stunden im Sommer wurde den Maurern resp. Zimmerern im glänzendsten Falle ein Tagelohn von, sage und schreibe, 2. bis 2.25 gezaubert, welcher natürlich im Herbst und Frühjahr, weil die Tage kürzer, bis auf 1.125 heruntergedrückt wurde. Dazu kommt noch, daß die Kollegen meistens auf dem Lande arbeiten und so gezwingt waren, das ihnen vom Unternehmer angeboten Quartier Wochen lang zu benutzen. Die Logis spotteten jedoch meistens über Beschreibung Einwinds und weiterfester Logisraum stand festen zur Verfügung; wo dieid der Fall war, da machten jedoch Männer und Mäuse ein Benutzen des elenden Stoßlagers meistens unmöglich. In 100 Fällen waren die Kollegen 99 Mal gezwungen, in Pferde- und Kindehütten zwielichtigen Gefangen Thieren zu kampieren, und es war keine Seltsamkeit, wenn des Morgens der Eine oder der Andere zwischen den Extremen jener Thiere aufwachte. Im verflossenen Jahre nun vor es, nachdem sich die meisten Kollegen dem Verbande angeschlossen hatten, möglich, bei einigen Unternehmern nach eindrücklichem hartem Kampfe die Einführung des zehntägigen Arbeitszeit und 30 S. Stundenlohn sowie bessere Verhältnisse zu erringen. Nun beschlossen die Kollegen, in diesem Jahre auch den übrigen Unternehmern dieselben Forderungen zu unterbreiten und es geschah dies auch durch den Vorstand des Zweigvereins mit dem Ertragen, um Verantwortung des Schreibens und um eventuelle mündliche Verhandlungen. Doch weit gesetzt! Statt zu unterhandeln, suchten die Herren Unternehmer, mit Ausnahme der Biedermann, die Gesellen zu ignorieren. Ja, der famose Herr Schüler in Bielefeld, dem ja der Verband ein fürchterlicher Dorn im Auge ist, hatte sich verantlast gemacht, der Verbandsleitung in Gütersleben schriftlich den Vertragsbruch zu erläutern. Es wird Aufgabe der Kollegen sein, die Absichten der Unternehmer, die auf eine Verstärkung der Lebenshaltung der Arbeiter abzielen, zu nicht zu machen. Dies kann aber nur durch die Organisation geschehen.

Die Generalversammlung des Zweigvereins Garburg fand am 18. Februar statt. Zunächst erhielt der Vorsitzende, Kollege Albrecht, den Jahresbericht. Unter den 23 Mitgliedsversammlungen mußten drei öffentliche Versammlungen stattfinden. Die eine davon war eine Art Agitationversammlung, da dieselbe bezweckt sollte, das Altordnungsverfahren, da dieses befehlte, die Befreiung der Bauarbeiter zu befehligen. Die zweite wurde abgehalten, um die Annahme des neuen Lohnarif, der den Gesellen von den Unternehmen zur Annahme zum 1. Januar d. J. zugestellt worden war. Der Lohnarif fördert einen Stundenlohn von 32 S. und für Nebenstunden und Wacharbeit pro Stunde 5 S. Aufschlag vor. Die Gehälter bei Landarbeit ist dahin geregelt, daß die Unternehmer die Ortschaften, je nach der Entfernung, in Zonen eingeteilt hatten, so daß auf die erste Zone eine Stunde, auf die zweite Zone zwei Stunden, auf die dritte Zone 3½ Stunden Gehalt am Montag und Sonnabend entfallen; die Gehälter für die vierste Zone unterliegt der Einbarung. Wo die Bahn benötigt werden kann, wird Kleinfeld vergütet; hierzu hat Niedner horbor, daß der Kollege Maier in Detmold die Entfernung der Ortschaften vom Hauptorte und die Eintheilung der Zonen vorgenommen habe, wodurch die Annahme des neuen Lohnarifes begünstigt wurde,

annahme für die Hauptkasse betrug M 5340,90, im Vorjahr 3404,20; für die Votatafse wurden eingenommen M 302,90, im Vorjahr M 5185,02; die Ausgabe betrug M 2019,12, im Vorjahr M 4743,42; zusammen wurden ausgebracht im Jahre 1901 M 8493,20, 1900 M 5803,76; ferner sind M 150 für Mainmarken eingelommen. Die Abrechnung des Gesellenausschusses zeigte eine Einnahme von M 20. Ausgegeben wurden für 11 Sitzungen, zwei Gewerbeordnungen, Porto und Schreibmaterial M 18,95; Kaschbestand am 1. Februar M 1,05. Nachdem die Vorstandswahl stattgefunden, wurde der Antrag, die Liquidationskommission aufzugeben, angenommen. Die Beitragsfrage wurde dadurch erledigt, daß folgende Beträge gezaubert wurden: 1. Mitglieder, die in einer Woche drei Tage und länger arbeitslos sind, sind für die Woche, in die die Arbeitslosigkeit fällt, von der Zahlung der lokalen Zuflüsse bereit, müssen sich aber am Abend eines jeden arbeitslosen Tages beim ersten Kassier melden. 2. Diejenigen Mitglieder, die über Land arbeiten, sind von den lokalen Zuflüssen bereit, der lokale Zufluss ist aber aus der Votatafse zu deduzieren. 3. Ehrenmitglieder sind, sofern sie nicht in Arbeit stehen, vom Beitrag befreit. Zum Schluß wurde Kollege Schmidt wegen Vorstötzbruchs aus dem Verbände ausgeschlossen.

Der Zweigverein Ichendorf hielt am 16. Februar eine Mitgliedserversammlung ab, die sich zunächst mit den Kollegen fröhligten und Beiträge wegen nicht Einhaltens des Votatartis auf der Breitenburger Zementfabrik zu beschäftigen hatte. Beide Kollegen erklärten, sie würden dort so lange weiter arbeiten, bis die Spur verhängt sei. Auf Antrag des Kollegen Neumann wurden sie mit großer Majorität ausgeschlossen. Dem Kollegen Hoffmann wurden aus der Votatafse M 10 verbilligt, mit der Bedingung, daß er das Geld bis zum 1. August d. J. zurückzuzahlen hat. Den Vorstandsmitgliedern werden für jede Versammlung 50 S. dem Vorstand M 1 pro Monat extra und dem Schriftführer für jeden Bericht im „Grundstein“ 50 S. bewilligt. (Hoffmann führt die „glänzende“ Honorierte des Schriftführers nicht dazu, daß er nun glaubt, über jede Versammlung im „Grundstein“ berichten zu müssen). Auf Antrag des Kollegen Steen wird dann noch beschlossen, daß jeder Kollege, der zu einem Posten innerhalb des Zweigvereins berufen wird, auch politisch organisiert sein müsse.

Eine öffentliche Maurerversammlung tagte am Mittwoch, den 12. Februar, in Königsberg i. Pr. In der Königshalle mit der Tagesordnung: 1. Erörterung der Lohnfrage für 1902. 2. Verchiedenes. Vor dieser Versammlung wurde eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung der Central- und Votatorenorganisation abgehalten. Kollege Werner schilderte die traurige Lage der Mauer Königsbergs in kurzer Ansprache und zitierte folgendes aus: In Königsberg hat eine Organisation seit dem Jahre 1888 existiert, die auch schon Vieles zur Befestigung der Böhne und Arbeitsverhältnisse beitrug. Im Jahre 1888 wurde der Lohn 8. V. um 33% pgt. erhöht und im Jahre 1890 wurde vom Gebeckvergleich der Stundenlohn von 45 S. ansetzt, aber zu einem regelrechten Arbeitsvertrag mit dem Unternehmer ist es nicht gelungen. In den letzten Jahren haben die Unternehmer die Böhne gefordert und die Arbeitszeit verlängert, infolgedessen sei es notwendig, an die Unternehmer die Forderung der zehntägigen Arbeitszeit und 50 S. Stundenlohn zu stellen. Kollege Eduard sowie die meisten Niedner meinten, die Unternehmer würden auf diese Forderung gar keine Antwort geben, da ihnen das Leben unter dem jetzigen Verhältnissen schwer gefällt. Da noch sehr viele Unternehmer 10—15 Stundenlohn zahlen und 11—12 Stunden gearbeitet wird, wäre es notwendig, bei diesen Unternehmern die geregelte Arbeitszeit von zehn Stunden und 45 S. Stundenlohn einzuführen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Votat, im Votat-Königsberg tagende öffentliche Maurerversammlung erachtet die Forderung von 50 S. Stundenlohn und einer zehntägigen Arbeitszeit für zeitgemäß, erachtet den jetzigen Zeitpunkt aber nicht für angemessen, um die Forderung durchsetzen zu können. Die Versammlung verspricht jedoch, daß eintreten zu wollen, daß der Lohn von 45 S. auf allen Bauten zur Durchführung kommt. Jede von den beiden hier an Ort bestehenden Organisationen wählt in ihrer Mitgliedserversammlung, je drei Mitglieder zu einer Lohnkommission, die gemeinschaftlich die Lohnbewegung für Königsberg und Umgegend zu leiten.“ Unter „Verchiedenes“ gab Kollege Schwarz den beiden Organisationen das Rath, aus ihrer Mitte Kollegen in den Gesellenausschuß zu wählen, da dies unbedingt notwendig sei. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung geschlossen.

In der Mitgliedserversammlung des Zweigvereins Lübeck am 5. Februar erhielt die Lohnkommission resp. der Gesellenausschuss Bericht über die Verhandlungen mit dem Bunde der Maurer und Zimmermeister bezüglich der gestellten Forderungen. Das Resultat war, daß der BUND auf die gestellten Forderungen eingegangen. Beigefügt des einen Punktes, einem zu erlassenden Arbeitszeit und 30 S. Stundenlohn sowie bessere Verhältnisse zu den übrigen Unternehmern dieselben Forderungen zu unterbreiten und es geschah dies auch durch den Vorstand des Zweigvereins mit dem Ertragen, um Verantwortung des Schreibens und um eventuelle mündliche Verhandlungen. Doch weit gesetzt! Statt zu unterhandeln, suchten die Herren Unternehmer, mit Ausnahme der Biedermann, die Gesellen zu ignorieren. Ja, der famose Herr Schüler in Bielefeld, dem ja der Verband ein fürchterlicher Dorn im Auge ist, hatte sich verantlast gemacht, der Verbandsleitung in Gütersleben schriftlich den Vertragsbruch zu erläutern. Es wird Aufgabe der Kollegen sein, die Absichten der Unternehmer, die auf eine Verstärkung der Lebenshaltung der Arbeiter abzielen, zu nicht zu machen. Dies kann aber nur durch die Organisation geschehen.

86, von 21—30 Jahren 504, 31—40 Jahren 297, 41—50 Jahren 227, 51—60 Jahren und darüber 29. Die Einnahme darunter: Saldo von 1900 M. 111,89. Einnahme für Empfehlte M. 370,63. Anfang der Innung M. 600, zusammen M. 1082,52. Die Abgabe betrug M. 989,75; bleibt Bilanz M. 112,79. Für jeden eingestellten hat der Unternehmer 30 % an den Arbeitsleistungen zu zahlen. Nach der diesjährigen Abrechnung sonkte jeder Empfehlte 80,4 %. Auf jede offene Stelle kommen 4 Bewerber. Aus dieser Abrechnung geht recht klar hervor, wie schwer auch die Krise auf das Baugewerbe in Lübeck ist. Schreibt Dieskäppel die heutige arbeitslose Maurer in Lübeck auf 300. Da wird nun Mancher sagen, ja, die Witterungsverhältnisse frost, Schnee und Eis sind daran schuld, dass es aber zu erwidern, dass, wenn es auch das schwere Wetter für Bauhandwerker wäre, doch die Hälfte der Maurer Lübeck aus dem Straßennetzplatzen liegen würde. Neben einem anderen Punkt berichtete der Gelehrtenausschuss der Gesellenauskunft für beide Gewerke, Maurer und Zimmerer, fühlte sich durch Handhabung der verschiedenen Paragraphen der Gewerbeordnung bedroht. Er wurde einer Mitgliederversammlung beigebracht, dass schwerste beim Stadt- und Landamt (als Ausführungsbehörde) einzureichen, die sich in der Haushalte auf die Nichtanwendung der Vorschriften des § 90 der Gewerbeordnung der von den Gelehrten der Gesellen bei den Innungen handeln, rütteln. Turner wurde darüber Klage geführt, dass der Innungsvorstand die Forderungen der Gesellen der Innungsvorstand nicht vorlegten wolle. Das Stadt- und Landamt aber die Gesellen abwegig beschieden. Sie sollen ihre Abschweide bei der Gewerbeabstimmung eintreten, was mit der Innung keine Einigung vorliegt. Und Vertragsbedingungen zu Stande käme. Der Gelehrtenausschuss sei nicht bereit, an der Innungsvorstand zu treten, sondern, solfern jedoch Säulen in der Innungsvorstand verhandelt werden, wo über die Gesellen sich ebenfalls führen, so wäre das Stadt- und Landamt bereit, einen Saalabdruck zu fassen. Die Mitgliederversammlung wurde sich darüber einig, dass man sich um alle dieser Vorstellungen keine grauen Haare machen lasse, sondern genügt sei, auf dem allgemeinen Wege weiter zu streiten, dann werde auch das Ziel erreicht werden, das die Maurer Lübeck sich gestellt haben.

Eine öffentliche Maurerversammlung lagte am Sonntag den 9. Februar, in der "Partiehalle" in Markrauschütz. Als Referent war der Kollege Verhöld, Leipzig vorgesehen, der jedoch verhindert war. An dessen Stelle referierte der Vorsteher, Kollege Peter, in einem kundigen, mit Beifall angenommenen Vortrage über: "Die wirtschaftliche Krise und die Verhinderungen des Maurerverbandes". Redner führte aus, dass durch Eintreten der wirtschaftlichen Krise laufende von Proletariertümern in bitterer Not und Elend gerathen, dass sich aber die Machthaber der heutigen Gesellschaft mit dieser traurigen Lage der Arbeiter noch nicht zurückziehen geben, sondern fortwährend darauf bedacht sind, immer mehr Unterdrückungsmethoden zu ergreifen. Wissen wir doch, dass die deutschen Arbeiter in dieser Zeit so zu sagen einen Betriebsstillstand ausgeleidet haben. Man ist daran, den Leuten das notwendige Lebensmittel, das Brot, in ganz erheblichem Maße zu verschaffen. Bildet das Einzelnen muss es nun sein, auch in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges fest und fest zur Organisation zu stehen, hat sich doch unser Verband das Ziel gesetzt, für seine Mitglieder eine Grundlage zu schaffen, zu deren Sicherstellung unserer Lebenslage. Über den Beschluss der Leipziger Kollegen betrifft die Einführung der Einheitsmarke einstimmig sich eine lebhafte Debatte. Man einzige sich aber darin, dass man im Wesentlichen den Beschlüssen der Leipziger Kollegen zustimmt. Mit den Wünschen, für zahlreiche Zwecke, namentlich unter den jüngeren Kollegen, zu aquitieren, wurde die Versammlung gelöst.

Der Zweigverein München hielt am 2. Februar im Restaurant "Dall-Aurum" seine diesjährige Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagessitzung gab der Vorsitzende das Ablieben von drei Kollegen bekannt. Die ziemlich gute besetzte Versammlung erhielt das Loben der Vorstandsvorsitzenden von den Eigenen. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Es wurden im vergangenen Jahre abgehalten zehn öffentliche und zehn Mitgliederversammlungen. Sechs von den öffentlichen Versammlungen lunden in verschiedenen Städten. Kollege Glüsing, Hamburg referierte in demelben über: "Was bilden die Maurer Münchens in nächster Zeit zu erwarten?" In drei öffentlichen Versammlungen, die im "Thomosbräu" stattfanden, wurde die Frage der Brüderlichkeit der ausländischen Arbeiter vor den deutschen verhandelt und die Anmut des Münchens auf eine diesjährige Einigung besiegelt. Einladungen und erörtert. Eine öffentliche Versammlung wurde in Habsburg abgehalten mit der Tagessitzung: "Kennen die Maurer Münchens während der Krise höhere Beiträge bezahlen?" Sitzungen haben 58. stattgefunden. Außerdem ist zu bemerken, dass im Laufe des verflossenen Jahres beschlossen wurde, den Thelselnehmern in den Delegierten-Sitzungen 50 % Entschädigung und den Einzelstören beim Abtrieb des Gelbes 20 % Jahrgeld zu zahlen. Ferner rief der Zweigverein die Bauteilerlaufkommission ins Leben. Für die Bibliothek wurden angefertigt zwei Gemälde des Geistes, betreffend die Gewerbegerichte, und zum Verkauf an die Mitglieder 200 Werksheften und 100 Sattelerbrochläser. Den Auflösungsbericht erstellte Kollege Hölscher. Hieran knüpft sich eine rege Debatte über den Rückgang der Mitgliederzahl, die gegenwärtig nur 882 beträgt. Die große Thelselauflaufkommission und Gleichheit der Münchener Maurer liegt wohl ihresgleichen. Wie oft ist ihnen schon die Notwendigkeit der Organisation predigt worden; wie oft ist ihnen gesagt worden, dass Einigkeit stark wache, aber es ist, als ob die Kollegen taub waren; sie hören nicht. Waren wenigstens die 1700 Kollegen, die im vorigen Jahre der Organisation angehört, der Fabrik treu geblieben, dann wäre es möglich gewesen, auf die Wohn- und Arbeitsverhältnisse einen entscheidenden Einfluss ausüben zu können und man hätte erforderlichenfalls den Unternehmern ein gebietliches "Hall" zuwenden können. Gest ist natürlich nicht daran zu denken. Es ist nur zu bedauern, dass die Kollegen, die alle Zeit für die Organisation eintraten, unter den Ständen der Subsistenzreichen mit leiden müssen. Die Lohnbedingungen, die die Münchener Unternehmer sich erlauben können, greifen an & fabelhaft. Abzügungen von 5—10 % pro Stunde sind allgemein üblich, ja einige Unternehmer erzielten sogar, 18 % weniger zu zahlen. Alsdann muss man den Beitrag zur Organisation auf 45 % pro Woche und das Jahr durchschnittlich zu 40 Arbeitswochen, so ergibt das eine Ausgabe für das Mitglied

von jährlich M. 18. Eine Lohnkürzung von nur 5 % pro Stunde ergäbe pro Woche M. 3 oder, das Jahr wieder zu 40 Wochen gerechnet, einen Ausfall am Jahresentommen von M. 120. Diese Summe wird den Arbeitern von den Unternehmern aus der Tasche geklopfen, denn es ist wohl nicht anzunehmen, dass sie die Bauten auch nur um ein Dutzend billiger veranlassen. Und das lohnen die Münchener Maurer sich vierten, ohne nur den Mund zu verzieren. Es wäre doch endlich einmal an der Zeit, dass die Kollegen eine Sitzung annehmen, die ihrer würdig ist. Im weiteren Verlauf der Versammlung beantragte ein Kollege, mir einen anderten, der schon ein ganzes Jahr lang kein toll, eine Unterstützung. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da sich herausstellte, dass der Kranke kein junger Mitarbeiter sei, wie er von seinem Kollegen geschildert wurde. Den französischen Freiwilligen Zug, der hier die Versammlung beinhaltet und seine Weitwegen ordnungsgemäß entrichtet hat, wurde A. 16 bewilligt. Zum Schluss teilte der Vorsitzende, Kollege Schäfer, noch mit, dass er als Vertreter bei dem Innungsausschuss gleichzeitig worden sei, bei der Verhandlung anzutreten, ob sie damit einverstanden seien, um an Samstag um 5 Uhr Feierabend, allerdings mit Lohnabzug, gemacht werde. Die Innungsmeister seien gewillt, diese Neuerung einzuführen, und die übrigen Unternehmer würden schon nachholen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Im Zweigverein Norden wählte die gut besuchte Mitgliederversammlung ihren bisberigen Vorstand wieder. Kollege Donner ernannte hierauf die Anwesenden, doch in Zukunft daran zu hindern, dass dem Vorstand nicht, wie in letzter Zeit geschehen, seine schwere Arbeit noch durch unethische Morgenrufe und verlostische Streitgespräche, die zu wichtigen oder groben Mißtrauen führten, erschwert werde. Es gäbe doch Uebelstände, Verbesserungen, Ausflärmungarbeit genug, bei deren Durcharbeitung man wenigstens das eine Gute erzielt, dem Verbande und dem gemeinsamen Wohle einen Augen zu schaffen. Besonders die alten, seit Gründung des Zweigvereins thätigen Maurer seien sich einig werden und Börßdörfer und Bildner seien den herausgehenden Verursachungen. Die Versammlungen sollten Erholungskunden sein und ergehrichlich wirken. Wie weit Unmöglichkeit, Uebel und Denial und vor allem der Mangel an Fröhlichkeit, frisch pulsierendem Leben in den Versammlungen führt, zeigt und um deutlich das Zurückgehen der anderen hier am Orte befindenden Gewerbevereine. Versäumen wir nicht in denselben Fehler. Eine erst eingezogene Spaltung oder eine Verschämung kann für die Norder Vereinskollegen von schweren Folgen sein. Der Vorstand will das Seine thun, um ein karitative und auch erfolgsreiche Weiterwirkung in diesem Jahre zu erzielen. Kollege Müller, als Kassirer, gab die Brieftaubenabrechnung und auch einen Jahresbericht. Eine Abrechnung wurde für richtig befunden. Die Gesamteinnahme betrug an Beiträgen und Eintrittsgeld im Jahre M. 1080,50. Streitwands M. 112, der Losalstafs im Jahresabstand 179,65. Der höchste Bestand der Mitglieder war im zweiten Quartal mit 97, der niedrigste im vierten Quartal mit 54, einschließlich der Filiale Hage. Redner gab über den Stand der Organisation im Laufe des Jahres und den hängelundenen augenfälligen Mitglieder-Ab- und Zugang Erfahrungen. Während im ersten Frühjahr die Baustellenarbeiten geringer waren, hatten sie sich im Laufe des Sommers thätig gehoben. Es gelang fast sämtlichen in Norden und im weiteren Umkreis anfänglich und arbeitenden Kollegen, unorganisierte dem Verbande zuzutreten. Es standen 30 Neuankünften statt. Leider machte sich im letzten Vierteljahr eine große Abnahme der Mitgliedschaft bemerkbar. Besonders die Kollegen, die weit ab, auf dem Lande wohnen und arbeitslos sind, kümmern sich um den Verband nicht mehr, weil ihnen leider noch die nötige Erfahrung fehlt. Die klante Baupériode, die im Herbst eingezogen, hat auch viele Norder Kollegen von ihr vertrieben, und so sehen wir, dass der gegenwärtige Stand der Mitgliedschaft ein sehr niedriger ist. Bei beginnendem Frühjahr wird es wieder besser werden. Es wurde noch stärkerer Versammlungsbeschluss und Benutzung der auf ausgestellten Bibliothek in den Wintermonaten empfohlen. Auf eine Forderung wegen Lohnverhöhung soll in diesem Jahre verzichtet werden; nur eine weitere Verlängerung des Lohns und Arbeitszeit ist in Aussicht genommen.

Die Generalversammlung des Zweigvereins Osterode a. S. fand am 18. Februar zu Oberhüttte statt. Nach dem Bericht des Vorstandes standen im vergangenen Jahre vier Mitglieder und zwei öffentliche Versammlungen statt. Die Mitgliedszahl betrug an Schluss des Jahres 104. Sodann erstattete der Kassirer den Kostenbericht. Die Einnahme, inll. M. 100,50 Kostenbericht vom Jahre 1900, betrug M. 1285,59. An die Hauptklasse abgesandt resp. für Rechnung der Mitglieder veranschlagt wurden M. 937,76. Die Ausgaben der Losalfasse betrugen M. 99,75; es blieb in ihr ein Vorsichtsbilanz von M. 246,08. Die Reinhaltung des Vorstandes erledigte sich schnell, da der bisherige Vorstand einstimmig wieder gewählt wurde. Sodann wurde beschlossen, die Krankenunterstützung nur den Mitgliedern zu gewähren, die im Verbande ein Jahr ununterbrochen angehört haben. Ferner beschloss die Versammlung, den Mitgliedern für das Entlasten der Beiträge und Auslagen des "Grundstein" pro Mitglied und Jahr 50 % zu gewähren. Sodann erinnerte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen in diesem Jahre weiter zu bejubeln und dahin zu arbeiten, dass am Schlusse dieses Jahres sämtliche in Osterode arbeitenden Maurer im Verbande sind.

In Billau, einer Stadt, auf dem Endpunkt der Samtgemeinde Halbinsel und am "Billauer Tief", welches das fristige Haff mit der Ostsee verbindet — in dieser Stadt also haben sich im vorigen Jahre einige Kollegen dem Verbande angegeschlossen. Auch beobachteten sie, dort einen Zweigverein zu gründen und zu diesem Zweck eine Versammlung abzuhalten. Es wurde ein Vorstand bestimmt und der Wirt war mit der Abhaltung einer Versammlung einverstanden, weil auch sein Schornstein ohne Verdienst nicht rauchen kann. Als die Versammlung bei der Polizei angemeldet war, zog der Wirt seinen Vorstand zurück, weil er, wie er anführte, recht viele Scherereien vor der Polizei zu befürchten habe, wenn die Versammlung bei ihm stattfindet. Was ihm die Polizeibeamten gesagt haben, konnte nicht genau festgestellt werden. So viel steht aber fest, dass es dem Wirt nicht im Traume eingefallen wäre, seine Bausage zurückzuziehen, wenn nicht von "autoritativer Seite" auf ihn eingewirkt worden wäre. Nachträglich haben die Kollegen sich noch bei anderen Wirthen um ein Vorstand bemüht, aber immer vergebens; alle hatten Angst vor den behördlichen Eitlanen. Die Bürger in Ostpreußen sind noch allgemein der Ansicht, dass sie von den Polizeibehörden abhängig sind, während doch das Gegenteil

der Fall ist. Wie notwendig es ist, dass auch die Arbeiter im Osten organisiert sind, zeigt am besten dieser Winter, besonders auch in Billau. Wenn nur Bedarf, den es ganz betrifft, angeht, die Augen aufzuhalten und leben modell. Die Arbeitslosigkeit ist wie allenfalls so auch in Billau sehr groß. Besonders hart sind die Hafenarbeiter davon betroffen. Früher war Billau Vorhafen von Königslberg und im Winter fanden zahlreiche Arbeiter, besonders auch die handwerklichen, beim Laden und Lösen der Segelschiffe Beschäftigung. Das ist anders geworden seit der Errichtung des neuen Kanals, der in das fristige Haff führt und Königslberg direkt mit der Ostsee verbindet. Dadurch ist es möglich geworden, die Segelschiffe nach Königslberg durchzuführen und das Laden und Lösen dort bewerkstelligen zu können. Die Hafenarbeit in Billau ist infolgedessen so zusammengezerrt, dass kaum noch dieständigen Hafenarbeiter Beschäftigung finden. Das infolge dieses Umstandes die Not unter den Arbeitern ziemlich groß ist, bedarf weiter keinen Hinweis. Weil es modern geworden ist, notwendige Arbeiten zu Stadtbaupreisen, d. h. zu recht billigen Löhnen ausführen zu lassen, in der Stadtmagistrat in Billau ebenso auf den Gedanken gekommen, Stadtbauarbeiten zu beschaffen. Er wählte dazu die Abtragung der Felsenwälle, die notwendigste Weise auszuführen ist und testet für diese Arbeit den horrenden Tagelohn von M. 2 jezt, wofür sich dann auch eine große Anzahl Arbeiter gefunden hat. Ein auswärtiger Unternehmer, der größere Abtragungsarbeiten in Submission übernommen hat, ist nun, veranlaßt durch die Notstandslösse der Behörde, auf den gloriosen Gedanken gekommen, dass ein Tagelohn von M. 2 jezt seinem Bedienten einen nicht zu unterschätzenden Gewinn bedeute. Es hat denn auch stets die Löhne auf diesen Satz reduziert und den Gewinn auf ausgeschafft, wer hierfür nicht arbeiten will, können es lassen. Das ist die Schattenseite des Notstandarbeiten. Waren die Arbeiter organisiert, dann könnte der Behörde und dem Unternehmer leicht das notwendige Verhältnis von einem Notstand unter den Arbeitern beibringen. Offiziell kommt es den Kollegen hier und anderwärts bald zum Bewusstsein, dass für ihre ganze Kraft einzutreten müssen, um eine Organisation zu Stande zu bringen, selbst gegen den Willen der sonst alpinen Polizei. Und der Vorstandshaber wird ebenso vollbewusst ist, wie das andere Menschen. Sie werden dann wohl den Arbeitern ihre Worte zur Verfügung stellen, damit sie sich gemeinsam über ihre Interessen beraten können.

In Plauen i. B. tagte am 2. Februar im Restaurent "Zur Tute" eine öffentliche Maurerversammlung. Zu ersten Punkte der Tagessitzung wurde die Jahresabrechnung zum Berichterstatter, welche folgende aufwies: die Einnahme für die Hauptklasse beträgt 1901 M. 884,10, die Ausgabe M. 3164,61, wobei Defizit M. 139,49. Die Einnahme stellt sich ausnahmsweise aus Beiträgen für den Centralverband und dem Unterstützungsverein. Die Ausgaben aus den Geldern, welche an den Hauptvorstand gelangt wurden, und aus den Prozenten, welche an Orte bleiben. Am Renteunterstützung wurden bis 16. Januar 1902 M. 72,75 verausgabt. Das Defizit hat der fröhliche Vertrauensmann noch zu decken. In der Losalfasse wurden 1025,50 vereinbart und M. 1025,80 verausgabt. Die Einnahme besteht aus den am Orte bleibenden Prozenten und Geldern aus dem Unterstützungsverein. Neue Mitglieder wurden 267 aufgenommen. Hierauf wurde dem Vertrauensmann Declaratur ertheilt und der Kollege Höcker, wieder als Vorsitzender gewählt. Als Beisitzer wurden Bielert, Schüller und Struve gewählt. Über die Gründung eines Unterstützungsvereins gingen die Meinungen über die zu erhebenden Beiträge auseinander. Es wurde zuletzt beschlossen, einen Beitrag von 10 % und zwar 40 Wochen lang zu erheben. Einer Schrift stift wurde die Überlebensarbeit unterworfen, die hierfür aus einer Einnahme, sich, soweit es noch nicht geschieht ist, den Arbeiters Bildungsverein angizuführen und das "Sächsische Volksblatt" zu abonnieren, fand die Versammlung für Ende.

Zu der Mitgliederversammlung des Zweigvereins Schneidersmühl vom 2. Februar ließen sich zunächst zwei Kollegen aufnehmen. Sodann erstattete der Kassirer den Kostenbericht. Die Einnahme für die Hauptklasse betrug A. 888,58, der Kostenbericht der Losalfasse beträgt 27,27. Die Abrechnung wurde genehmigt und der Kassirer entlastet. Im vergangenen Jahre haben 15 Mitgliederversammlungen und 13 Vorstandssitzungen stattgefunden. Ausgezeichnet sind zwei Mitglieder; die Mitgliedszahl am Schluss des Jahres betrug 26. Den an der Vorsitzperiode beteiligten Kollegen wurde an's Herz gelegt, nicht wahlstumig zu werden, sondern getreulich auszukommen. Die Losalfasse verfügt über die Brieftaubenabrechnung noch zu decken. In der Losalfasse wurden 1025,50 vereinbart und M. 1025,80 verausgabt. Die Einnahme besteht aus den am Orte bleibenden Prozenten und Geldern aus dem Unterstützungsverein. Neue Mitglieder wurden 267 aufgenommen. Hierauf wurde dem Vertrauensmann Declaratur ertheilt und der Kollege Höcker, wieder als Vorsitzender gewählt. Als Beisitzer wurden Bielert, Schüller und Struve gewählt. Über die Gründung eines Unterstützungsvereins gingen die Meinungen über die zu erhebenden Beiträge auseinander. Es wurde zuletzt beschlossen, einen Beitrag von 10 % und zwar 40 Wochen lang zu erheben. Einer Schrift stift wurde die Überlebensarbeit unterworfen, die hierfür aus einer Einnahme, sich, soweit es noch nicht geschieht ist, den Arbeiters Bildungsverein angizuführen und das "Sächsische Volksblatt" zu abonnieren, fand die Versammlung für Ende.

Zu der Mitgliederversammlung des Zweigvereins Schneidersmühl vom 2. Februar ließen sich zunächst zwei Kollegen aufnehmen. Sodann erstattete der Kassirer den Kostenbericht. Die Einnahme für die Hauptklasse betrug A. 888,58, der Kostenbericht der Losalfasse beträgt 27,27. Die Abrechnung wurde genehmigt und der Kassirer entlastet. Im vergangenen Jahre haben 15 Mitgliederversammlungen und 13 Vorstandssitzungen stattgefunden. Ausgezeichnet sind zwei Mitglieder; die Mitgliedszahl am Schluss des Jahres betrug 26. Den an der Vorsitzperiode beteiligten Kollegen wurde an's Herz gelegt, nicht wahlstumig zu werden, sondern getreulich auszukommen. Die Losalfasse verfügt über die Brieftaubenabrechnung noch zu decken. In der Losalfasse wurde der Kostenbericht des Vorstandes bestätigt. Die Einnahme für die Hauptklasse betrug A. 888,58. Die Ausgaben aus den Geldern, welche an den Hauptvorstand gelangt wurden, und aus den Prozenten, welche an Orte bleiben. Am Renteunterstützung wurden bis 16. Januar 1902 M. 72,75 verausgabt. Das Defizit hat der fröhliche Vertrauensmann noch zu decken. In der Losalfasse wurden 1025,50 vereinbart und M. 1025,80 verausgabt. Die Einnahme besteht aus den am Orte bleibenden Prozenten und Geldern aus dem Unterstützungsverein. Neue Mitglieder wurden 267 aufgenommen. Hierauf wurde dem Vertrauensmann Declaratur ertheilt und der Kollege Höcker, wieder als Vorsitzender gewählt. Als Beisitzer wurden Bielert, Schüller und Struve gewählt. Über die Gründung eines Unterstützungsvereins gingen die Meinungen über die zu erhebenden Beiträge auseinander. Es wurde zuletzt beschlossen, einen Beitrag von 10 % und zwar 40 Wochen lang zu erheben. Einer Schrift stift wurde die Überlebensarbeit unterworfen, die hierfür aus einer Einnahme, sich, soweit es noch nicht geschieht ist, den Arbeiters Bildungsverein angizuführen und das "Sächsische Volksblatt" zu abonnieren, fand die Versammlung für Ende.

Der Arbeiterverein Wandsee hat im vergangenen Jahre 28 Mitgliederversammlungen abgehalten und 10 Vorstandssitzungen haben stattgefunden. Die Mitgliederzahl ist von 178 auf 200 gestiegen. Ausgeschlossen wurden 2 Mitglieder wegen rücksichtloser Verträge und 11 wegen sonstiger Verträge.

Die Einnahme für die Hauptklasse betrug A. 4857,38. Den Losalfasserverein verfügt über die Brieftaubenabrechnung noch zu decken. Die Losalfasse blieb ein Bestand von A. 389,20. Ehrenmitglieder waren 10 vorbanden. Die Alsfeldmauerfreunde legten ihr Solidaritätsgefühl so weit zurück, dass sie die Interessen der Gesamtgemeinde bei Seite saßen und sich den Sonderbünden anschlossen. Wiederholte Einigungsversuche mit denelben, die sowohl die Losalfasse als auch den Ehrenmitgliedern ausgetragen sind, handelten sie ihrer eigenen Wege, die wohl schließlich in den Kampf des allgemeinen politischen Mischnachens münden werden. Einen breiten Raum nahmen an, die Beratungen über das Regulativ des zu gründenden Zweigvereins für den Losalfassbezirk Hamburg in den stark besuchten Verbands-

versammlungen in Anspruch. Ein Resultat ist bisher aber noch nicht erzielt worden. Am Schluß des Jahres nahm der Verbandsvorstand Veranlassung, den Zweigverein auf die Beschlüsse des letzten Verbandstages hinzuweisen und in einer Litz daraufstattgefundenen Versammlung legte Kollegen Bömelburg die Gründe für die Errichtung eines einzelnen Zweigvereins vor. Ihm wurde jedoch erwidert, daß die Bandesleute Kollegen nicht gesondert seien, ihre Weisung gewohnte Selbstständigkeit aufzugeben. Sie seien nicht gewillt, zu Allem Ja und Amen zu sagen, was in Hamburg beschlossen würde, dies müsse aber mit Nothwendigkeit kommen. Bissher hätten die meisten Mitglieder auch noch großes Interesse für den Verband gezeigt, das würde aber bei einer Vereinigung mit Hamburg verschwinden, und dieselbe Laune würde Blas greifen, wie dies in Hamburg der Fall sei. Der weite Entfernung wegen sei es auch nur den wenigsten Mitgliedern vergönnt, an den Versammlungen teilzunehmen, auch selbst dann nicht, wenn wichtige Fragen zur Beratung stünden. Wenn ein Regulativ ausgearbeitet werde, daß der Selbstständigkeit der Bandesleute Kollegen, mehr Rechnung trage, ließe sich über die Sache reden, das vorliegende sei unumgänglich. In den im neuen Jahre stattgefundenen Versammlungen hatte sich der Zweigverein mit dem Antrage auf Einführung des Bezirkstafliersystems und dem in Hamburg angenommenen Antrage, betreffend die Weitabfahrtbefreiung der arbeitslosen Kollegen von der ersten Woche an, zu beschäftigen. Beide Anträge waren einer Kommission in Gemeinschaft mit dem Zweigvereinsvorstand zur Bearbeitung überwiesen worden. In der Kommission wurde der erste Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß bei Einführung dieses Systems den gleichlältigen Kollegen willkommene Gelegenheit geboten würde, sich von den Versammlungen drücken zu können; auch seien die Verteilungen bei dem bisherigen Modus noch immer rechtzeitig eingegangen. Von der Bearbeitung des zweiten Antrages wurde Abstand genommen, da die Kommission der Ansicht war, daß hierin der nächste Verbandstag wohl eine befriedigende Regelung vornehmen werde. In der letzten Versammlung wurden die Kommissionsbeschlüsse genehmigt.

Bum Affordmaurer-Streit in Hamburg

Bringt der "Vorwärts" vom 9. Februar folgende Notiz:

"In mehreren Parteiblättern ist folgende Notiz zu lesen: „Schöne Bilder scheinen die Hamburger Altonaer zu sein. In der letzten Versammlung der „Freien Vereinigung“ bestimmten sie, wie der „Grundstein“ meldet, die Hamburger „Neueste Morgen“, ein sogenanntes „parteiloses Organ“, zu ihrem Vereinsorgan.“

Dazu schreibt man uns aus dem Parteibureau:
Das Verhalten der Hamburger Altonaer, jetzt
es ihre Stellung gegenüber der Altonaer betriift, ist ge-
wiss schaerlich, und heicht darüber in der Partei woßt nur
ein Urteil. Anders steht aber die Angelegenheit mit der
Wahl ihres Vereinsorgans. Diese Wahl wurde erst getroffen,
nachdem der „Freien Vereinigung“ — wie dies bereits auf
dem Lübecker Parteitag konstatiert worden ist — durch Bes-
chluß der Hamburger Preßkommission das „Edo“ sowol
im redaktionellen wie im Annoncenfeld verschlossen wurde.
Es wurde schon in Lübeck darauf hingewiesen, daß ein gleich-
rigorosches Vorgehen gegen gewerbliche Sonderorganisa-
tionen an anderen Orten — speziell in Berlin — zu ganz
unenthalbaren Zuständen führen würde.“

Der sanfte Rüffel, den das Parteibureau den Hamburger Parteidienstes zu ertheilen für nothwendig erachtet, hat neuen Wasser auf die Wühlen der Sonderbindplex geliefert. Dem Oberhäuptling aller Mörgler und Querläufe, dem befaßten Regierungsbaumeister a. D. und Redaktur der „Einigkeit“, in doppelten Fässerfüllungen, kegelt, ist denn auch der Raum mächtig geschwollen und in seinem edlen Geiste flammt gerechte Entrüstung auf, die ihm die Kraft giebt, die Parteiblätter, die obige Notiz brachten, in folgender Weise anzunehmen:

Welche anzugeben:

„Welche Bechlerische Bosheit dem „Geheul“ einzelner „Parteiblätter““ u. Grunde liegt, wenn sie darüber schimpfen, daß diese oder jene sogenannte Sonderorganisation sich gezwungen sieht, sich an ein „sich nicht sozialdemokratisch nennendes Blatt anzufügen, um sich nicht von den Pfaffen der Verbündeten wehrlos beschimpfen und verleumden zu lassen, hat das Schreiben aus dem Parteibureau hier genügend gekennzeichnet, als daß wir dem noch etwas hinzuzfügen brauchten.“

Wenn Rechter dem Parteibureau Recht giebt, dann sollte dieses sich doch einmal die Frage vorlegen, ob es sich auf rechten Wegen befindet. Die Freundschaft dieses Mannes ist nicht Ledermann willkommen.

Krankenkasse.

Berlin. Die Centralkrankenkasse der Maurer u. Stein-
brüder zur Einigkeit! bildet am Sonntag, den 9. Februar cr., ihre
Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer Schärf gab die Ab-
rechnung vom 4. Quartal 1901, bekannt. Die Einnahmen infl.
M. 2985,96 bestand vom dritten Quartal und M. 2000 Zu-
füßig von der Hauptkasse betrug M. 38 068,51; die Aus-
gabe M. 34 585 und des Bestand M. 3483,51. Geschorben
find 10 Mitglieder. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse
des Jahres 4605. Die Jahresabrechnung für 1901 ergiebt
eine Einnahme infl. M. 94,55 Bestand vom 4. Quartal 1900
und M. 21 000 Zufluss von der Hauptkasse M. 156 840 (im
Jahre 1900 M. 147 421,16 infl. M. 980,36 Bestand vom
4. Quartal 1899 und M. 12 000 Zufluss von der Hauptkasse). Die
gejammute Jahresausgabe für 1901, resp. 1900, fest sich
folgendermaßen zuhalten: Altenfamilien 1. Klasse M. 73 017,00
(64 282,50), Krankengeld 2. Klasse M. 8648 (10 480), Zingelbrüder
M. 326,25 (2930,90), Sterbegeld M. 3262,50 (6477,50),
Ärztehonorar M. 10 971,75 (10 691,75), Medizinst. M. 10 591,04
(10 285,05), erste ärztliche Hülfsleistung M. 747,20 (890,00),
Wäber M. 310,95 (2897,10), Brillen und Bündager M. 1018,16
(788,60), Zahngesund. und -Erig. M. 1180,50 (611,75), Malzgut
und Sörboden M. 1955 (1235), Krankenentransport M. 275,55
(284,85), Krankenfamilianten M. 18 892,20 (11 216,90), laut § 5
Ziffer 2 und 8 des Statuts M. 61 (64), zurückgezahlte Beiträge und
Strafen M. 7,40 (11,20), an die Hauptkasse gefändt M. 14 000
(17 000) Verwaltungskosten M. 8856,85 (8341,51). Die Ärzte-

lasse zählt 214 Mitglieder und bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit M. 188,05, darin ist ein Sterbefall mit M. 180 enthalten. Die Neubüros bestätigten die Angaben und wurde der Kästner entlastet. Bei der dann vorgetragenen Wahl wurde der Amt. Schrift als erster Kästner wiedergewählt, Gust. Rösch als zweiter, Bublitz als dritter, Alwin Rudolph als zweiter Schriftführer, und als 4. Neubüro Ad. Bünzler und Gust. Nicolais. Nachdem dann ein Antrag angenommen wurde, in nächster Zeit eine außerordentliche Versammlung mit der Tagesordnung: "Die Befreiung an Menschen und Thieren" einzuberufen und dann erfolgte Schluß der Berufungsversammlung.

Dom Bari.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Berlin. Man schreibt uns: In welch schäflicher Weise oftmals verantwortungsvolle Arbeiten ausgeführt werden, bestweist folgender Vorfall: In der Späth'schen Buchdruckerei (Wilmersdorf) befindet sich ein dem Bauhauer Buchdrucker gehöriger Saalbau. Die etwa 800 qm große Decke des Saales wird durch einen Nabisgewölbe gebüstet. Nun verlangt es die Vorwürfe, daß alle an Decken zu liegenden Profilierungen, wie Leisten, Balken u. dgl. vorgespannt werden, um dadurch die Tragfähigkeit der Decke möglichst zu schonen und eine absolute Sicherheit für das Publikum zu bieten. Anders würde jedoch hier gehandelt. Der die Decke bildende, bis 13 cm tiefe Balken ist, ohne vorgespannt zu werden, aus reinem Gipsmörtel von einer Putzergesellin an die Decke gezogen werden. Jeder Balken kann sich einen Begriff davon machen, welch tollose Lauf bei dieser großen in Betracht kommenden Meterzahl eine solche Decke zu tragen hat. Dagegen bei einer solchen Ausführung der Arbeit Unglücksfälle, wie sie sich unlängst im Leipziger "Palmengarten" zugetragen haben, nicht mehr zu den Seltenheiten zu rechnen sind, liegt leider klar auf der Hand. Der ausstehende Verhörde ist hierbei Mithilfung gewünscht worden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sie einschreiten wird. — Ein schwerer Bauunfall hat sich bei dem Abbruch der "Neuen Charité" am 19. Februar ereignet. Der 34 Jahre alte Arbeiter Johann Schiemann trat fehl und stürzte etwa vier Meter von seinem Standort ab. Außer einer Hüftverletzung existiert er einen Bruch des linken Schlüsselbeins. Schiemann wurde nach dem Krankenhaus gefahren.

* Ein eigenartiger Entlastungsgrund. Aus Elberfeld wird uns unter 18. Februar gelehrten:
Auf dem Bau des Unternehmers Freese hatte die Bauverwaltung eine Kontrolle vorgenommen und dabei angeordnet, daß die offenen Pfeilerfuß entfernt werden. Daraufhin wurde einer der Arbeiter entlassen mit dem Hinweis darauf, er habe an das Baumant die Wichtigkeit auf dem Bau berichtet und diesen Bericht, der auf dem Bauamt liege, auch mit seinem Namen unterzeichnet. Abgesehen davon, daß der betreffende Arbeiter einen Bericht an das Bauamt garnicht gemacht hat, berichtet er eigentlich nicht, daß der Barlier, der den Arbeiter die Entlassung gab, eine solche Behauptung aufstellen konnte, wodurch das Bauamt schwer misskredit wird. Im vorliegenden Falle kann allerdings nicht der Verdacht aufkommen, daß das Bauamt die thäbige Rolle gespielt hat, wie sie der Barlier ihm zugeschrieben hat, weil, wie schon bemerkt, der betreffende Arbeiter eine Eingabe an das Bauamt nicht gerichtet hat, aber innerhalb wäre es angebracht, wenn völlige Klarheit in dieser Sache geschaffen würde, woran das Bauamt ein großes Interesse haben dürfte.

* Diese Darstellung ist, denn auch, falsch, s. o. oben

— Diese Feuerwehr ist denn auch, scheinbar als es dem Parlier ließ sie fann, erfolgt. Der Gemeindegrefle hat sich an das Stadtbauamt gewandt und von dort ist ihm eine Bescheinigung nachstehenden Wortlauts ausgestellt worden:

Auf Wunsch wird dem Maurer Heinrich Möller bescheinigt, daß zur Zeit in einer größeren Anzahl Bauten in Bezug auf die Feuerwehr von kolossalen Neubauten vorgenommen sind, zu welchem Heinrich Möller keine Versetzung gegeben hat.

gesiechnet: Dr. Juna, Stadtbau-Inspektor.

* **Bauschwindel** in München. Vor dem Münchener Oberbürgergericht war, wie die "Münchener Post" berichtet, der "Baumeister" Anton Kältemann vor nicht weniger als 14 Mauern und zweier Zimmereien auf Auszahlung der Schäden im Gesamtbetrag von ca. 899,75 verklagt worden. Der Herr "Baumeister", der weder einen roten Pfennig gestohlene denn einen Ziegelstein sein Eigen nennt, erkennt zwar die Berechtigung der Klagen an, allein er sei nicht der richtige Beklagte, er habe die Ausführung des Baus von seinem Bruder Joseph übernommen, der jedoch, wie er, vollständig vernommen sei. Der eigentlich Schuldige sei der Kaufmann Wilhelm Schmidt. Dieser als Zeuge vernommen wollte davor auch nichts wissen; er habe lediglich mit dem Bruder Anton Verhandlungen

er habe lediglich mit dem Bruder des Anton Kalleneder einen Baulandkapitalvertrag abgeschlossen, wonach er dem Kalleneder zur Aufführung eines Neubaus in der Volkstrasse ein Kapital von M. 25 000 zur Verfügung stelle. Weiter habe er mit dem Neubau nichts zu thun (?!) er habe auch nicht gewerbsmaessig. Er habe ohnehin schon eine Rente zu viel bezahlt, die Kalleneder zum Nachtheile der Arbeiter untergelegten habe. (1) Das Gericht legte nach längerer Beratung dem Beugen Schmidt nahe, die von den Arbeitern eingelagte Summe vergleichsweise zu bezahlen. Das Gericht, so wurde vom Vorstehenden ausgeführt, ist einmuthig der Ansicht, daß der fragliche Neubau auf sein Risiko und seine Gefahr aufgerichtet wurde, da die beiden Kalleneder, weil vollständig vermögenslos, nichts riskieren können. Das wollte Schmidt garnicht begreifen; er erklärte sich aber nach längerer Verhandlung doch bereit, vergleichsweise M. 150 zu zahlen. Nach den entsprechenden Belehrungen durch den Gemeindeberichter Dr. Preunner erkannte der Baulandkapitalist Schmidt seine Zahlungspflicht schliesslich doch an, worauf folgender Vergleich zu Stande kam: Beuge Schmidt zahlt an sämtliche Kläger sofort die Summe von rund M. 400, der zweiten Schmidt und Kalleneder abgeschlossene Baulandkapitalvertrag wird für aufgehoben erklärt.

Aus anderen Berufen

Die Vereinigung der Maler, Lackierer usw. hatte im Jahre 1901, wie aus der in Nr. 8 des "Werkzeug- und Anzeiger" veröffentlichten Jahresabschreitung ersichtlich, eine Gesamtsumme von M 186 019,10, der eine Gesamtausgabe von M 163 203,57 gegenübersteht. Der Nebentrag der Einnahme durch die Ausgabe beträgt M 22 595,99. Die Vereinigung hatte am Schlusse des Jahres 1901 ein Vermögen von M 118 031,21. Unter den Ausgaben befinden sich folgende größere Posten: Liquidation A 6067,75, "Werkzeug- und Anzeiger" M 17 478,37, Streifunterstützung im Berufe M 47 000,64, Streifunterstützung an andere Berufe M 1000, Krankenunterstützung M 18 119,90, Weisheitsunterstützung M 5262,21, Berufshilfe M 570, Gemeinfreigehilfenunterstützung M 1833,75, Rechtsbüro M 1101,88. Den Filialen verblieben restl. wurden überwiesen M 44 218,11 und der Rest verteilt sich auf verschiedene kleinere Ausgabeposten. Im Jahre 1901 gälichen 11 894 Mitglieder volle 52 Wochenbeiträge, während im Jahre 1900 10 906 vollzahrende Mitglieder vorhanden waren, so daß eine Zunahme von 912 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Aufnahmen waren im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahr etwas höher, sie betrugen 10 724, während bei der Hauptkasse nur 3264 vierjährige Bücher von den 11 716 im Jahre 1900 eingeteltenen ausgestellt wurden. Ein Beweis, daß ein großer Theil sich aufnehmen läßt, dann aber die Beiträge nicht weiter bezahlt.

Polizei und Gerichte.

* Ein ungetreuer Gaukassifirer. Aus Mannheim wird uns berichtet: Eine wohlverdiente Strafe erhält der Gaukassifirer A u l e n b a c h e r ; derselbe hatte die Gaukasse um ₢ 178,84 bestohlen und um seine Spitzbübereien zu verdecken, eine Quittung gefälscht. Auf erfolgte Anzeige wurde Aulenbacher in Untersuchung gezogen und erhielt dann von der Strafanstalt in Mannheim eine Strafe von sieben Monaten Gefängnis und drei Jahren Echverbürt zu erlitten. Aulenbacher hat somit Gelegenheit erhalten, darüber nachzudenken, daß man das von Arbeitern erhaltenen Vertrauen nicht in gemeiner Weise missbrauchen darf.

* **Christliche Arbeitersührer vor Gericht.** Bezeichnet wird für die Kampftaktik christlicher Führer gegen freie Gewerkschafter und Parteigenossen ill, daß sie, wegen verleumderischer Behauptungen von Gericht gezwungen, meistens peccavi (Werter, ich habe gefälscht) sagen müssen. Dem Verleumdungsbürolochen Brust folgte am Freitag, 14. Februar, der Vorsitzende des christlichen Maurer-verbandes. Dieser gab im vorigen Jahr ein Flugblatt heraus, das von beleidigungen gegen Leiter des Betriebsverbandes der Maurer und gegen Genossen Düwell, als Redakteur des Essener "Bretts", wimmelte. Leichter stieg die Klage an. Der Vorsitzende des Gerichts erklärte dem Beflagten sofort, daß eventuell eine Bestrafung unmöglich sei. Da Düllm auf eine Bestrafung verzichtete, kam der christliche Führer noch mal geltend davon, er müßte sich aber im folgenden Vergleich bequemen: "Kläger nimmt die beleidigenden Ausführungen unter dem Aufdruck des Bedarfs aus und übernimmt die Kosten." Daraufhin wurde die Klage annulliert. Dieser christliche Führer wird bald Gesellschaft bekommen. Ein Führer des christlichen Holzgärtner-verbandes ist auch wegen Beleidigung eines Parteibeamten verklagt worden, und diesem "Führer" wird der Ausschlag ebenfalls nicht erspart bleiben. Welches Geschick würden die "Christen" erheben, wenn Sozialdemokraten so fiktivisiert würden!

Verchiedenes.

* **Zohnfeststellung bei Vergabeung städtischer Arbeiten.**
 Der Straßburger Gemeinderat beschloß: Bei Vergabeung städtischer Arbeiten ist eine Vertragsbestimmung festzulegen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, jedem Arbeiter, dem er vertrautet, einen Lohn von mindestens A. 2,50 für den Tag zu zahlen. Außerdem soll dieser Lohn bei ungeliebten Arbeitern mindestens A. 27 A für die Arbeitsstunde betragen, während bei gelernten Arbeitern die von der städtischen Lohnkommission besonders festgesetzten Stundenlöhne zu berechnen sind. Der Bürgermeister kann auf Antrag beider Theile im Einzelfalle, bei Vermeidung minderwertiger Arbeitsträume, Ausnahmen gestatten. Die städtische Lohnkommission wird gebildet unter dem Vorsitze des Bürgermeisters aus je drei auf die Dauer eines Jahres vom Gemeinderath zu wählenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Straßburg ist die erste deutsche Stadt, welche eine derartige Lohnbestimmung einführte hat.

Einige neue Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Diez' Verlag) 21. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Leben des Absolutismus. Victor Hugo. Von Franz Diederich Bremen. — Die Situation der sozialistischen Bewegung in Frankreich. Von Jean Longuet. — Die Krise in Afrika. Von F. Karstädt. — Die Gründungsschäftszeit im Jahre 1901. Von Dionys Zinner. — Splitter. — Literarische Rundschau. Heinrich v. Gobell, Die Gründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Dr. M. Nefflin, Michael Bakunin. Dr. S. Goldstein, Die Gewerbefreiheit und ihre Lichte- und Schattenseiten.

Was haben die Armen dem Christenthum zu verdanken? Nachdruckausgabe „Vorwärts“, Berlin. Preis 20 Pf. Diese neu aufgeklärte Schrift behandelt die Frage an der Hand der bürgerlichen und katholischen Schriftsteller in fünf Kapiteln: 1. Will das Christenthum die Armut befehligen? 2. Hat wirklich das Christenthum zuerst die Armenpflege geübt? 3. Das Priestertum und die Armut. 4. Der Vaterlosen- und der christlichen Armenpflege. 5. Die wahre Gestalt des heutigen „sozialen“ Christenthums. Solche Schriften können natürlich keine philosophische Widerlegung der christlichen Lehren bringen; sie müssen sich damit begnügen, an der Hand des historischen Materials den Widerspruch zwischen christlicher Lehre und christlicher Praxis herauszurufen und diesen

zum Vergleich, zum Maßdosen, zum Grießel anzuregen. Und sie müssen in einem Ton gehalten sein, der bei aller Vollständigkeit nicht verleidet aus. Die wirth, für welche sie bestimmt sind, diesen Voraussetzungen dürfte die neue Agitationschrift entsprechen.

"Im Freien Stunden", illustrierte Roman-Bürosoldat im Bodenheft zu 10.-. Mit der Auswahl des Romans: "Der Bastard" und seinen charakteristischen Illustrationen hat die Redaktion zweifellos einen guten Erfolg erzielt; aber auch der Gothische Roman: "Im Bann der Dämonen", dem bald Lotti's ergreifender Roman: "Ein Seemann" folgt, hat allgemeinen Anfang gefunden, wie die mit jedem Heft neigende Abonnementzahl klarlegt. Wie empfehlen die "Freien Stunden" bestens.

"Der Arbeitsmarkt", Sahlmonatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktbüro (Herausgeber Dr. J. Jaffron), Berlin, Verlag von Georg Kerner. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 10 des 5. Jahrgangs unter Anderem: Die Bedeutung der Krankenkassen für die Versorgung der wirtschaftlichen Krise. - Bündnisse über die Lage des Arbeitsmarktes. - Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Rückgang der Förderung, Abwirtschaftungen, Entlassungen und Lohnherabsetzungen); Eisen- und Walzwerke (Verbandsbildung, Preisbewegung, Steigender Export, Entlassungen im Maschinenbau); Textilgewerbe (Beschäftigung in Cera, Elisa, Baden und Bayern, Wohnbewegung); Graphische Gewerbe (Durchführung des neuen Tarifs). - Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht, Arbeitsnachweise, Krankentafeln, Streitverzeichnis für Deutschland, Leistungsergebnisse, Schweiz. - Verwaltung der Arbeitsnachweise: Ablehnung des Arbeitsnachweises, antragtes im Reichstage. - Großindustrie und Arbeitsnachweis. - Dienstbotenvermittlung. - Amüsante Szenen über Arbeitsvermittlung in Frankreich. - Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nach zulässigen Angaben über Januar 1902.

Briefkasten.

Nr. 96. Für den Ihnen auf dem Wege zu der Arbeitsschäfte zugelassenen Unfall können Sie nur dann Anspruch auf Rente erheben, wenn Sie sich bereits im Bambireich des Betriebes befinden hätten. Da Sie aber den Unfall durch einen Fall von der elektrischen Bahn erlitten haben, können Sie die Baugewerkschaft für den Schaden verantwortlich machen. Ob Sie die Baugewerkschaft für den Schaden verantwortlich machen können, werden wir so ohne Weiteres nicht sagen, da aus Ihren knappen Andeutungen nicht zu erkennen ist, durch welchen Schuld der Unfall verursacht wurde.

Stettin, Sch. Sie können im März doch nicht noch einen Bericht vorstellen über eine Versammlung, die im Januar getagt hat! Da Sie um dieses zuzuhören, beweisen, wie wenig Werk auf Ihr Hodorgan legen. Es ist nur ein Glöckchen, das nicht alle Kollegen so denken.

Iphofen, H. Lassen Sie sich doch einmal von Ihrem Vorgesetzten berichten, wie ein Verfassungskomitee abgesetzt sein muss, damit wir nicht nördlich haben, um noch einmal abschreiben zu müssen.

Schnedemühl, B. Wenn Sie den "Grundstein" aufmerksam gelesen hätten, dann würden Sie gefunden haben, daß wir in Nr. 5 unter der Überschrift "Streit u." über die Angelegenheit berichtet haben. Was sonst noch in dem Bericht stand, war Befallt und konnte nicht wiedergegeben.

Wärder, Einige Verbandsmitglieder. Ihr Aufsatz ist so recht schwungvoll und schildert geschickt, so daß man fast glaubt, Gedanken kommen könnte, der Herr Wärder sei dessen Verfasser, aber aufnehmen können wird ihn nicht, weil Sie nicht den Mut haben, das Schriftstück mit Ihrem Namen zu deuten.

Guben, B. Wir erinnern uns nicht, aus Guben einen Bericht erhalten zu haben.

Übbeck, D. Wir haben Ihren Vorschlag in Erwiderung gezogen, sind aber zu einem abweichenden Schluß noch nicht gekommen. Vielleicht ist das das wünschbare Mittel, dem bereitgestellte Lebendstand abzuhelfen, das, was bei Ihnen in Anwendung kommt. Das Uebrige nichts für ungut.

Eichholz, P. Ihre Einsendung ist zur Aufnahme nicht geeignet.

Höftendleben, Et. Der Provinzvorstand der sozialdemokratischen Partei besteht aus den Abgeordneten Wedel, Auer, Singer und Meister. - Briefe an denselben sind zu richten an: 3. Klost., Kreuzbergstraße 30, Berlin SW. 47.

Nürnberg, M. Wir können über die Umstände erst dann berichten, wenn Sie uns mittheilen, zu welcher Zeit (Datum) Sie sich ereigneten.

Zentralverband der Maurer.

Kennzeichnung des Verbandsvorstandes.

Neue Kassabücher für die Zweigvereine.

Die Versendung der neuen Kassabücher ist mit Abschluß dieser Woche an alle Zweigvereine erfolgt. Zweigvereine, die bis zum 1. März nicht in den Besitz eines solchen gelangt sein sollten, bitten wir, umgehend Mitteilung zu machen.

Die neuen Bücher sind sofort in Gebrauch zu nehmen und müssen alle im Laufe des ersten Quartals gemachten Einnahmen und Ausgaben in dieselben übertragen werden.

Beitragsabzahlung.

Die Beitragsfreiheit endet mit diesem Monat; vom 1. März an müssen die statutarisch festgesetzten Beiträge innerhalb von den einzelnen Zweigvereinen etwa festgelegten drücklichen Fristschlängelnden wieder bezahlt werden.

Über die Beitragsfrist bestimmt das Statut, daß dieselbe gleich einem Stundenlohn sein soll und erlauben wir, dieses bei Markenbestellungen zu berücksichtigen.

Mitglieder, die in einer Woche drei Tage und länger ihre volle Arbeitsmangel arbeitslos sind und dies in der von den

Zweigvereinen zu beschließenden Weise melden, sind laut § 11 des Statuts für die Woche, in welche die Arbeitslosigkeit fällt, von der Zahlung der sozialen Zuflüsse bereit, d. h. solche Mitglieder haben für die betreffende Woche einen Beitrag von 25.- zu zahlen.

Der Beitrag wird von jetzt an mit einer eigens zu diesem Zwecke hergestellten Marke quittiert.

Die neuen Marken gelangen nur auf Bestellung zur Versendung.

Die im vorigen Jahre dazu verwendeten 25.-Marken sind ungültig und müssen, sofern es noch nicht geschehen, eingesandt werden.

Au die Vorstände der Zweigvereine resp. Auszahler der Meisanunterstützung.

Der Vorstand des Zweigvereins Lissa steht uns mit, daß dort ein Kollege Namens Hermann Heinsto (Buch-Nr. 038 203) angestellt war, der sich im Verlaufe einer Meisanunterstützungskarte als Probe-Exemplar zugesandt wurde, versehen mit dem Stempel: "So sehen die Karten für dieses Jahr aus." Zum Verbandsvorstand ist eine solche Karte nicht ausgestellt und muß Heinsto in irgend einer anderen Weise in den Besitz der Karte gelangt sein. Dieselbe kann auf Gültigkeit keinen Anspruch erheben; wie bitten Sie und Karte anzuhalten und an uns einzufinden.

Vom Verbandsvorstand bestätigt sind die nengewohnten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, welche bisher Mitteilung gemacht haben.

Als verloren gemeldet

findt die Mitgliedsbücher der Kollegen Otto Eppenhahn (Buch-Nr. 97 806), Heinrich Röhrmann (010 411), Gustav Paul (089 116), August Viehoff (035 433), Albrecht Freidtmeyer (068 184), Gustav Lehmann (168 028), Albert Ehle (172 028). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Gestohlen

von einem Maurer Namens Otto Tornow aus Biebrich ist das Mitgliedsbuch nebst Reisegewissmachungskarte Nr. 21 706 des Kollegen Gustav Borchert; dasselbe ist beim Kollegen August Leiber, Düsseldorf, Bergerstr. 8, abzulösen.

Gefunden

ist das Mitgliedsbuch nebst Reisegewissmachungskarte Nr. 200 483 des Kollegen Otto Borchert; dasselbe ist beim Kollegen August Leiber, Düsseldorf, Bergerstr. 8, abzulösen.

Ausgeschlossen

auf Gründ des § 18 a des Statuts von den Zweigvereinen Teltow: Albert Lorenz (Buch-Nr. 87 877); Iphofen: Heinrich Fröhndrich (81 678), Wilhelm Letze (047 739); Mainzheim: Johann Gulwitzcher (125 490); Schöneiche: Albert Jonas (071 814).

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 18. bis 24. Februar 1902 sind folgende Beiträge bei der Haupstaße eingegangen:

Opusklasse.

Bon den Zweigvereinen Wörthheim 17, 96, Osterode i. O. 46, Blaau i. Vogtl. 15, 05, Vandschut i. B. 9, 12, Heilbronn 37, 15, Neuengamme 29, 27, Oppels 4, 80, Geisenheim 2, Einzlingen 7. Summa 172, 35.

Für Protokolle vom 6. Verbandsstag in Mainz.

Die Zweigvereins-Kollegen resp. Einsender von Geldern werden erachtet, aus den Postabschüssen genau anzugeben, wofür das eingesetzte Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 24. Februar 1902.

J. Küster,
Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 16. bis 22. Februar sind eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in Lehnin Nr. 100.

Ziffchen erhält: Berlin 100, Niedorf 500, Weisensee 300, Stuttgart 300, Metz 300, Dagen i. B. 250, Vandschut 200, Jordan-Barabits 200, Aquap 200, Alt-Marbach 200, Tübingen 180, Neuzelle 120, Gr. Lötschenthal 100, Eissen a. d. Ruhr 100, Hanau-Münzen 100, Röthenbach 100, Wittenberge 100, Goslar 100, Böhl 100, Worms 100, Langen 100, St. Gallen 100, Gräfelfingen 80, Metz 80, Niedersachsen 76, Hainholz 70, Niederbressel 70, Bagen 50, Geisnitz 50, Genthin 50, Ueben 15. Summe 1.710.

Altona, den 22. Februar 1902.

Karl Reh, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

→ Anzeigen ←

Aufforderung.

Sämtliche Kollegen, welche noch Bücher und der Bibliothek des Zweigvereins Düsseldorf haben, werden dringend erachtet, dieselben sofort an A. Küster abzuliefern (auch Dienststellen, welche nicht mehr in Düsseldorf arbeiten), währendfalls ihre Namen im "Grundstein" veröffentlicht werden. [M. 2,40]

Der Vorstand.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbedatum Mitteilung erhalten. Die Seite kostet 15.-.

Gustav. Am 18. Februar starb nach kurzer Krankheit unser treuer Verbandskollege Friedr. Brodersen im Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.

Nicolaus-Franzburg. Am 17. Februar verstarb nach längerem Leiden unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins, Nicolaus Hansen aus Franzburg, im Alter von 68 Jahren an Lungen- und Herzleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld

Ist in der Zeit vom 17. bis 23. Februar bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Carl Höbel-Schleiden (Woch-Nr. 188 896), Daniel Barth-Rassel-Glauchau (087 819), Ernst Hindenberg-Wiesbaden (1485), Matthias Wolf-Roden (082 278), Johann Orlitz-Wiesbaden-Frauenstein (07 181), Wilhelm Blomedt-Riel (198 433), Robert Harder-Stettin (09 911), Fritz Kübel-Stettin (69 975), Louis Fidel-Warnemünde (10 106 837), Friedrich Brodersen-Hüllum (068 688).

Achtung! Fürstenwalde. Achtung!

Den Kollegen vom Rennbahn, daß die Mitgliederversammlungen jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, Vormittag von 10—12 Uhr, in der "Schlossküche" stattfinden, fällt der betreffende Sonntag auf den 16., so findet sie am selben Tage statt. Die Kollegen werden erachtet, ihre Mitgliedsbücher wegen der Abstempelung jedes Mal mitzubringen. Außerdem wird jeden Sonntag nach dem 1. eines jeden Monats, Vormittag von 10—12 Uhr, in der Centralherberge gefasst. [M. 8,80] J. A. O. Walter, Vorsitzender.

Achtung! Lehnin.

Den Kollegen vom Zweigverein Lehnin zur Rennbahn, daß sich die arbeitslosen Kollegen in jedem Ort bei ihrem "Grundstein"-Vertriebler als arbeitslos zu melden haben. [M. 1,80]

Der Kassier.

Breslau.

Ich, Endesunterzeichneter, erkläre hiermit, daß ich die lebendigen Nachreden gegen Kollegen Küster wider besseres Wissen gehabt habe und bedaure daß, gleichzeitig, warne ich vor Weiterverbreitung. [M. 1,80] Josef Schötz.

Hannover.

In einer Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer, zu welcher auch die Christlichen eingeladen und erschienen waren, habe ich heftige Anmerkungen über den Kollegen Schöllig gemacht. Ich bedaure heute dieses und nehme die Verleumdungen zurück. [M. 2,10] Andreas Lehne.

Verksammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden alle Verkündungen der den Erziehungsbezirk der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Seiten nicht übersteigt, darf höchstens 20.- betragen. Die Anzeigen müssen für jede Verksammlung besonders eingefügt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Den Mitgli. hiermit zur Rennbahn, daß die Mitgliederversammlung von jetzt an jeden ersten Sonnabend im Monat stattfinden.

Sonneberg, 1. März.

Mitgliederversammlung im Vereinslokal. T.-O.: Sonnabtag. Erwähnbarer oder Kollegen dringend nachzuholen.

Sonntag, 2. März.

Mitgliederversammlung im Vereinslokal. T.-O.: Sonnabtag. Erwähnbarer oder Kollegen dringend nachzuholen.

Bielitz, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Nur zahlreiche Freunde.

Frankenhausen a. Kyff. 2. März. Treffen der Freunde der Mitglieder ist erwünscht.

Gransee, 2. März. Verksammlung im Vereinslokal. T.-O.: Sonnabtag. Nichterwähnbarer oder Kollegen dringend nachzuholen.

Kurtschlag, Eudorf. 2. März. T.-O.: Sonnabtag. Nichterwähnbarer oder Kollegen dringend nachzuholen.

Lübben, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Nur Kollegen müssen.

Lychen, 2. März. Mitgliederversammlung. Referent: Alfred Berlin.

Lyck, 2. März. Treffen der Volksbank. Erwähnbarer oder Kollegen dringend nachzuholen.

Merseburg. 2. März. In der "Gute-Nacht" außerordentliche Verksammlung.

Neuhaus a. d. Elbe, 2. März. Treffen der Freunde der Mitglieder ist erwünscht.

Neuenstadt, 2. März. Treffen der Freunde der Mitglieder ist erwünscht.

Rehna, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Der Abend ist dringend nachzuholen.

Rödental, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Der Abend ist dringend nachzuholen.

Storkow, 2. März. Treffen der Freunde der Mitglieder ist erwünscht.

Tempel, 2. März. Mitgliederversammlung im "Schönhaus". Referent auswendig.

Therese, 2. März. Mitgliederversammlung im Geschäftshaus Total. Der Abend ist dringend nachzuholen.

Tiergarten, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Braunschweig, 2. März. Mitgliederversammlung. Dieser Abend drückt die Freude über den Erfolg des "Grundstein" aus.

Werdohl, 2. März. Mitgliederversammlung im "Vereinslokal". Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Es wird darauf geachtet, daß alle Mitglieder erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich zu erscheinen.

Wesel, 2. März. Mitgliedervers